

Meinungen  
und Informationen  
aus dem  
Evangelischen  
Arbeitskreis  
der CDU/CSU

Juni/Juli 1982

# Evangelische Verantwortung

Heft 6—7/1982

## Christen wissen: Wir haben eine Zukunft Geistliches Wort

Wilhelm Kentmann

Die 25. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Mainz wurde mit einem Geistlichen Wort von Kirchenrat Wilhelm Kentmann, Beauftragter der Landeskirchen im Lande Rheinland-Pfalz zur Herrnhuter Losung und dem Lehrtext für Samstag, den 22. Mai 1982 eingeleitet.

*Gott sprach zu Abraham: So haltet nun meinen Bund, du und deine Nachkommen von Geschlecht zu Geschlecht.*

1. Mose 17,9

*Christus spricht: Sei getreu bis an den Tod, so will ich dir die Krone des Lebens geben.*

Offenbarung 2, 10

Das Wissen der Christen um die Zukunft gründet sich auch am Ende des 20. Jahrhunderts auf die Heilige Schrift Alten und Neuen Testaments. Die Schriftworte für den 22. Mai finden sich im ersten und im letzten Buch der Bibel. Sie sollen Grundlage unserer Hoffnung und Richtschnur unseres Handelns sein.

Da steht vor uns die alttestamentarische Gestalt des Vaters Abraham, dessen Gehorsam und dessen Treue zu Gott so furchtbar geprüft wurde. Dabei erwies er sich weder als Vorbild noch als Glaubensheld. Oft voller Zweifel und Kleinglauben, rechnete er nicht damit, daß Gott für ihn Wege wußte, wo er selbst keinen Weg mehr sah.

Dennoch war er am Anfang seines langen Weges Gottes zukunftsweisendem Wort gefolgt: „Ich will Dich segnen und Du sollst ein Segen sein und in Dir sollen gesegnet sein alle Geschlechter auf Erden“.

Allein auf diese Verheißung hin war er dem Ruf zum Aufbruch ins Ungewisse gehorsam.

Je weiter ihn aber sein Weg führte, umso mehr wurde es ihm bewußt, umso stärker belastete es ihn. Ihm fehlte ein Erbe. Die schweren Mühen seines Weges, die ganzen Zukunftshoffnungen waren ja den Vorstellungen jener Zeit entsprechend gegenstandslos, falls ihm der Sohn und Erbe versagt blieb.

Damals so gut wie heute kommt es der Vätergeneration darauf an, Erben zu haben, Erben, denen man Land und Leute anvertrauen kann.

Die Väter wollen den Söhnen gerne vermitteln, was ihrem eigenen Leben Sinn und Inhalt gegeben hat. Sie möchten Erträgen, Erfahrungen und auch Träumen des eigenen Lebens durch ihre Erben ein weiteres Wirken sichern.

Was Abraham seinen Erben letztlich an Besitz und Reichtum hinterließ, war viel, aber bleibt aufs Ganze gesehen bedeutungslos. Bedeutsam in diesem Zusammenhang ist zweierlei. Einmal die Erkenntnis: Gott kann von uns jedes Opfer, auch das echte und ganze Opfer verlangen. Mit solch einer Forderung des Opfers fängt ja die Abrahamsgeschichte an, indem Gott ihm abverlangt: „Gehe aus deinem Vaterland, und aus deiner Freundschaft und aus deines Vaters Hause!“

Von allem mußte Abraham lassen; schließlich soll er selbst dazu bereit sein, den Sohn und Erben zu opfern, als der ihm endlich geboren war.

Das zweite Wesentliche in der Abrahamsgeschichte ist nicht seine Leistung, die ihn vor aller Welt reich und mächtig erscheinen ließ, sondern dieses: Er hat den Ruf Gottes gehört und ist diesem Ruf gefolgt. Nur dadurch hat er die ihm verheißende Zukunft gewonnen. Nur deshalb gründet Gott die Geschichte seines Volkes auf diesen von schwerem Schicksal gezeichneten Mann.

Betrachten wir unter diesen zwei Gesichtspunkten der Opferbereitschaft und der Berufung die eigene Lage.

Meinungen  
und Informationen  
aus dem  
Evangelischen  
Arbeitskreis  
der CDU/CSU

Juni/Juli 1982

# Evangelische Verantwortung

Heft 6—7/1982

## Christen wissen: Wir haben eine Zukunft Geistliches Wort

Wilhelm Kentmann

Die 25. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Mainz wurde mit einem Geistlichen Wort von Kirchenrat Wilhelm Kentmann, Beauftragter der Landeskirchen im Lande Rheinland-Pfalz zur Herrnhuter Losung und dem Lehrtext für Samstag, den 22. Mai 1982 eingeleitet.

*Gott sprach zu Abraham: So haltet nun meinen Bund, du und deine Nachkommen von Geschlecht zu Geschlecht.*

1. Mose 17,9

*Christus spricht: Sei getreu bis an den Tod, so will ich dir die Krone des Lebens geben.*

Offenbarung 2, 10

Das Wissen der Christen um die Zukunft gründet sich auch am Ende des 20. Jahrhunderts auf die Heilige Schrift Alten und Neuen Testaments. Die Schriftworte für den 22. Mai finden sich im ersten und im letzten Buch der Bibel. Sie sollen Grundlage unserer Hoffnung und Richtschnur unseres Handelns sein.

Da steht vor uns die alttestamentarische Gestalt des Vaters Abraham, dessen Gehorsam und dessen Treue zu Gott so furchtbar geprüft wurde. Dabei erwies er sich weder als Vorbild noch als Glaubensheld. Oft voller Zweifel und Kleinglauben, rechnete er nicht damit, daß Gott für ihn Wege wußte, wo er selbst keinen Weg mehr sah.

Dennoch war er am Anfang seines langen Weges Gottes zukunftsweisendem Wort gefolgt: „Ich will Dich segnen und Du sollst ein Segen sein und in Dir sollen gesegnet sein alle Geschlechter auf Erden“.

Allein auf diese Verheißung hin war er dem Ruf zum Aufbruch ins Ungewisse gehorsam.

Je weiter ihn aber sein Weg führte, umso mehr wurde es ihm bewußt, umso stärker belastete es ihn. Ihm fehlte ein Erbe. Die schweren Mühen seines Weges, die ganzen Zukunftshoffnungen waren ja den Vorstellungen jener Zeit entsprechend gegenstandslos, falls ihm der Sohn und Erbe versagt blieb.

Damals so gut wie heute kommt es der Vätergeneration darauf an, Erben zu haben, Erben, denen man Land und Leute anvertrauen kann.

Die Väter wollen den Söhnen gerne vermitteln, was ihrem eigenen Leben Sinn und Inhalt gegeben hat. Sie möchten Erträgen, Erfahrungen und auch Träumen des eigenen Lebens durch ihre Erben ein weiteres Wirken sichern.

Was Abraham seinen Erben letztlich an Besitz und Reichtum hinterließ, war viel, aber bleibt aufs Ganze gesehen bedeutungslos. Bedeutsam in diesem Zusammenhang ist zweierlei. Einmal die Erkenntnis: Gott kann von uns jedes Opfer, auch das echte und ganze Opfer verlangen. Mit solch einer Forderung des Opfers fängt ja die Abrahamsgeschichte an, indem Gott ihm abverlangt: „Gehe aus deinem Vaterland, und aus deiner Freundschaft und aus deines Vaters Hause!“

Von allem mußte Abraham lassen; schließlich soll er selbst dazu bereit sein, den Sohn und Erben zu opfern, als der ihm endlich geboren war.

Das zweite Wesentliche in der Abrahamsgeschichte ist nicht seine Leistung, die ihn vor aller Welt reich und mächtig erscheinen ließ, sondern dieses: Er hat den Ruf Gottes gehört und ist diesem Ruf gefolgt. Nur dadurch hat er die ihm verheißende Zukunft gewonnen. Nur deshalb gründet Gott die Geschichte seines Volkes auf diesen von schwerem Schicksal gezeichneten Mann.

Betrachten wir unter diesen zwei Gesichtspunkten der Opferbereitschaft und der Berufung die eigene Lage.

Die Kriegs- und Nachkriegszeit hat die heutige Vätergeneration Deutschlands geprägt. Sie hat mit großen Anstrengungen Bemerkenswertes aufbauen können. Die Väter der Landesverfassungen und unseres Grundgesetzes konnten den politischen Bereich unseres Lebens so gestalten, daß eine große Mehrheit der Bürger unseren Staat als freien sozialen Rechtsstaat erhalten sehen will.

Darum schauen sich zur Zeit die Männer und Frauen dieser Kriegsgeneration nach Erben um, die neben dem errungenen Wohlstand auch die Verantwortung für Land und Leute übernehmen können. Man weiß ja doch nur zu gut, wohin es führt, wenn die Beziehungen von Alten und Jungen ganz auf das Ökonomische reduziert werden. Diese ältere Generation erlebt auch, daß es nicht möglich ist, aufgeschriebene Ordnungen wirksam weiterzugeben, ohne der jungen Generation zugleich glaubhaft zu bezeugen, daß hinter Gesetz und Ordnung der Auftrag Gottes steht.

Allein dieser Auftrag Gottes begründet Zukunft und Hoffnung, die Bestand hat, wenn es gilt, Opfer zu bringen, wo man Erfolge erwartete. Die alte Generation ist immer dann glaubwürdig, wenn sie die aus der Berufung erwachsene Freiheit von Erfolgswängen beweist; eine Freiheit, die auch darin gezeigt wird, daß einer nicht alles nimmt, was er kriegen kann.

Auch im Hinblick auf die Fragen der weithin entmutigten Generation, die sich unter uns oft so vergeblich nach glaubwürdigen Vorbildern umsieht, wirkt der Hinweis auf Opferbereitschaft und Berufung klärend. Denn es zeigt sich, daß es nicht auf die herausragenden Leistungen und Erfolge von Vorbildern ankommt, sondern darauf, daß jeder in seinem Leben den Ruf und Auftrag Gottes selbst befolgt: Im Dienst am Nächsten, in der Familie, im Beruf und als Bürger. Es kann den Jungen wie den Alten dann durchaus bestimmt sein, daß sie von vielem lassen müssen, was ihnen lieb und teuer war. Dazu gehört gewiß auch der Abschied von politischen Vorstellungen, die sich im Wechsel der Zeiten und Verhältnisse nicht weitergeben oder nicht übernehmen lassen. Es wird manchem zugemutet, viel früher als erwartet von einem Amte zu lassen, und viele erreichen das Ziel nie, für das sie jahrelang kämpften. Das alles ist fraglos schwer und führt oft in Krisen und Zweifel. — Doch man wird damit fertig, sobald man begreift, daß nicht das Maß des Erfolges, sondern der das Leben prägende Auftrag gilt und trägt. Entscheidend ist, das tägliche Tun danach auszurichten, was Gott von uns fordert:

Die Erde sich untertan machen und sie bewahren, ist der Auftrag des Menschen. Salz der Erde und Licht der Welt soll er sein, dem Recht und der Wahrheit dienen, die Schwachen schützen und seinen Nächsten so lieben wie sich selbst. Dann ist er, wie uns das alte Testament sagt, mit Gott im Bunde und dem neuen Testament entsprechend Boschafter an Christi statt. Er soll seinen Dienst auch dann tun, wenn es ihn Opfer kostet.

Davon handelt der Brief an die Gemeinde in Smyrna im zweiten Kapitel der Offenbarung des

Johannes: „Sei getreu bis an den Tod, so will ich dir die Krone des Lebens geben“. Ein Aufruf also, Christus den Herrn auch dann nicht zu verleugnen, wenn einen die Treue bis in den Tod als Märtyrer führt. So eine Treue ist mit der Hoffnung verbunden, jetzt und für ewig in Gott geborgen zu sein.

Wer dem Ruf folgt, wird Treue und Standhaftigkeit nicht nur dort zu beweisen haben, wo es um das Opfer des Lebens geht, sondern auch in den kleinen Dingen des Alltags. Das bedeutet im Hinblick auf jeden Dienst, für den einer verantwortlich ist, daß unermüdlich gefragt werden muß, was heute und was für die Zukunft der Wille Gottes ist. Für unsere eigenen Pläne und eigensinnigen Ziele besteht nämlich ein Anspruch auf Gottes Hilfe und Segen nicht. Darum gilt es, andere und vor allem sich selbst gewissenhaft zu befragen, in wessen Namen und Auftrag gehandelt wird und zu wessen Gunsten.

Das Wichtigste für die Zukunft, um das Christen wissen müssen, ist, daß sie sich nicht selbst gehören, sondern ein Eigentum Gottes sind: „Ich habe dich bei deinem Namen gerufen, du bist mein!“ spricht der Herr.

Die Berufung zu Gottes Eigentum macht den, der sie annimmt, unabhängig und frei, selbst dann, wenn er loslassen muß, woran sein Herz hängt. Das gilt auch, wenn man Wahlen verliert, oder von Freunden verkannt und verleumdet wird.

Solche Freiheit gilt selbst unter Zwangsherrschaft, wo die Menschen Verfolgung, Gefangenschaft, Folter und Tod bedroht.

Gott bleibt auch dann der Vater, der denen, die sich zu ihm halten, durch seinen Sohn zurufen läßt: „Fürchtet euch nicht.“ Das gibt die Kraft, gemeinsam vertrauensvoll den Weg in die Zukunft zu gehen, auch wenn man nicht absehen kann, wohin der Weg letztlich führt.

Weil der 22. Mai der Tag ist, an dem 1919 die Stadt Riga von der Herrschaft roter Revolutionstruppen befreit wurde, wird hier noch etwas hinzugefügt. Für viele, die als Geiseln gefangen gehalten wurden, kamen die Befreier zu spät. Die kommunistischen Machthaber erschossen sie vor ihrem Rückzug. Zu diesen Ermordeten zählten vor allem die verhafteten Pfarrer.

Einer, der im Zentralgefängnis von Riga die Befreiung erlebte, hat von einem Gespräch berichtet, das er wenige Wochen danach mit seiner Familie führte. Er schilderte den Seinen die ungewisse Zukunft. Man müsse das von Unfreiheit bedrohte Land verlassen. Haus und Heimat müsse man aufgeben, es werde jetzt alles anders. Die Familie schwieg, bis der jüngste Sohn schließlich fragte: „Wenn alles anders wird, bist Du dann noch unser Vater?“ Als der Vater bejahte, seufzte das Kind ganz erleichtert: „Dann ist ja alles gut!“

Das gilt für alle Zukunft, daran kann man sich halten, daß Gott unser Vater bleibt, auch wenn sich sonst alles ändert. Dies ist die Botschaft für die Zukunft, von der die Christen wissen.

# Schulreform durch neue Richtlinien

Grete Schneider

In Nordrhein-Westfalen wurden in diesem Jahr neue Richtlinien für alle Fächer der gymnasialen Oberstufe erlassen. Die Vorsitzende der Evangelischen Eltern- und Lehrerinitiative Nordrhein-Westfalens, Grete Schneider, setzt sich im folgenden Beitrag kritisch mit den allgemeinen Lernzielen auseinander.

Der durch Marcel Proust bekanntgewordene Fragebogen, den das FAZ-Magazin jede Woche von ausgewählten Personen beantworten läßt, enthält unter den 37 Fragen auch die Frage: „Welche Reform bewundern Sie am meisten?“ Kürzlich antwortete der Münsteraner Philosoph Blumenberg auf diese Frage: „Die ums Jahr 1995 fällige Wiederherstellung der deutschen Universität“. Da die Wiederherstellung der deutschen Universität die Wiederherstellung der deutschen Schule zur Voraussetzung hat, müßte die ersehnte Reform der Schule etwa in diesem Jahr beginnen.

Nun ist Blumenberg nicht so töricht zu meinen, Schule und Universität seien nicht semper reformandae. Er bringt nur zum Ausdruck, daß die zahlreichen Reformen der letzten zwölf Jahre mit ihren Reformen der Reform und der Reform der Reformen mehr Durcheinander als sinnvolle Erneuerungen gebracht haben; und er erinnert daran, daß die deutsche Universität und die deutsche Schule einmal Weltgeltung hatten. Diese gilt es „wiederherzustellen“.

In Nordrhein-Westfalen sind in diesem Jahr für alle Fächer der gymnasialen Oberstufe neue Richtlinien erarbeitet und bis auf wenige Ausnahmen veröffentlicht worden. Es darf mit Recht gefragt werden, ob diese Richtlinien die „wiederherstellende“ Reform ankündigen. Es soll hier nicht von den einzelnen

Fächern gehandelt werden, sondern von den „allgemeinen Lernzielen der gymnasialen Oberstufe“, die den Richtlinien jedes einzelnen Faches vorgeordnet sind.

Als allgemeine Lernziele werden zwei genannt: – dem Schüler eine wissenschaftspropädeutische Ausbildung zu vermitteln; – dem Schüler Hilfen zur Selbstverwirklichung in sozialer Verantwortung zu geben<sup>2)</sup> mithin ein kognitives und ein menschenbildendes Lernziel wird angestrebt.

Ein ehemaliger nordrhein-westfälischer Bildungsplaner ist mit den Qualifikationen, die mit der kognitiven Ausbildung verbunden werden, hart ins Gericht gegangen. Unter Berufung auf das Wort Picht's, „Bildungsnotstand heißt wirtschaftlicher Notstand“, zeigt er, wie die seit jenem Alarmruf einsetzenden Reformen der Schule darauf gerichtet waren, „durch ‚geistiges Potential‘ ... die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft und die Höhe des Sozialprodukts ... (zu) gewährleisten“,<sup>1)</sup> und wie demzufolge „ein Kulturbruch ... aus den Schulen herausgeschleuderte, was dazu wenig dient: Geschichte, Literatur, Kunst“. Der formale Aufbau der neuen Richtlinien gibt der Klage des Bildungstheoretikers recht. Er folgt mit seinen „fachlichen Lernzielen und Lernbereichen – den Lerninhalten – der Lernorganisation – der Lernerfolgsüberprüfung“ den Kategorien der Lernzielpädagogik, die den Lernvorgang in operationalisierbare und kontrollierbare Lernprozesse zerstückelt. Darin binden sich die neuen Richtlinien an überholte und widerlegte pädagogische Vorstellungen. Sie versuchen aber auch einen Schritt darüber hinaus zu tun, indem sie die „inhaltliche Auseinandersetzung mit Themen und Gegenständen ganz bestimmter Fächer bzw. Fächergruppen“ fordern und darunter Deutsch, Kunst/Musik, Religionslehre nennen. Geschichte fehlt in dieser Aufzählung! Bei Deutsch ist zu fragen, ob wieder Literatur gemeint ist, große Literatur, oder Kommunikationsmodelle und Linguistik. Das

aber führt in die Lehrpläne der einzelnen Fächer, von denen hier nicht gehandelt werden soll.

Das zweite allgemeine Lernziel lautet: „Selbstverwirklichung in sozialer Verantwortung“ Das Wort Selbstverwirklichung ist nicht erst heute der allgemeinen Wortinflation anheimgefallen; es hat sich schon lange dadurch in Mißkredit gebracht, daß es das Stichwort für Selbstdurchsetzung auf Kosten der Gemeinschaft, der kleinen wie der großen, geworden ist. Ob der Zusatz „in sozialer Verantwortung“ die Tendenz des Wortes aufhebt, bleibt zu fragen. Was unter „sozialer Verantwortung“ zu verstehen ist, wird in drei Punkten breit ausgeführt. Dabei lesen wir u. a. zur Selbstverwirklichung in sozialer Verantwortung gehöre „die Bereitschaft und Fähigkeit ... sich insbesondere im Spannungsfeld der Rechte und der Pflichten des einzelnen bzw. der Gesellschaft auf der Grundlage eigener Wertvorstellungen zu entscheiden und die Entscheidung rational zu begründen“. Diese Formulierung erinnert fatal an die ehemaligen Richtlinien für den Politischen Unterricht, deren Lernziel lautete: „... die jungen

## Aus dem Inhalt

<b>Christen wissen:</b>	<b>1</b>
<b>Wir haben eine Zukunft</b>	
<b>Geistliches Wort</b>	
<b>Wilhelm Kentmann</b>	
<b>Schulreform durch neue Richtlinien</b>	<b>3</b>
<b>Grete Schneider</b>	
<b>Aus unserer Arbeit</b>	<b>4/15</b>
<b>Vorträge der 25. Bundestagung</b>	
<b>des Evangelischen Arbeitskreises</b>	
<b>Kirche und Politik im Dialog:</b>	
<b>Was uns verbindet – Was uns trennt</b>	
<b>Helmut Hild</b>	<b>5</b>
<b>Albrecht Martin</b>	<b>10</b>
<b>Buchbesprechung</b>	<b>14</b>
<b>Kurz notiert</b>	<b>15</b>

1. Werner Spies, Moralische Kategorien in Bildungsplanung und Bildungspolitik In: Schule zwischen Recht, Politik und Planung. Schöningh-Verlag 1982.

2. Alle anderen Zitate aus: Gymnasiale Oberstufe. Richtlinien Evangel. Religionslehre. Greven-Verlag Köln 1981.

Menschen in die Lage zu versetzen, die vorgegebenen gesellschaftlichen Normen entweder frei und selbstverantwortlich anzuerkennen oder abzulehnen und sich gegebenenfalls für andere zu entscheiden". Diese Richtlinien mußten nicht zuletzt wegen dieses Lernziels zurückgezogen werden, da sie die gesellschaftlichen Normen, auf denen unser Gemeinwesen beruht, in die Beliebigkeit der Heranwachsenden stellten.

Bei dem Wort Selbstverwirklichung ist an zweierlei zu erinnern:

1. an Horkheimer, der meinte, es gäbe gar kein Selbst mehr, das bewahrt oder verwirklicht werden könne. Es ist doch wohl zu fragen, was mit diesem Selbst, das die Schule zu verwirklichen lehren soll, gemeint ist. Besteht es von Natur aus? Oder muß es sich erst bilden? Woran kann sich das Selbst bilden?

2. an Kant, der 1792 „Von der Einwohnung des bösen Prinzips neben dem guten: oder über das radikal Böse in der menschlichen Natur“ (Vorabdruck der 1793 erschienenen Schrift „Religion innerhalb der Grenzen der bloßen Vernunft“) geschrieben hat. Goethe war zwar das Wort vom radikal Bösen widerwärtig; aber er selber hatte in Faust (und nicht nur in Faust) das literarische Bild dazu geschaffen (vgl. Wald und Höhle Faust I).

Selbstverwirklichung setzt Selbstfindung voraus. Sie gibt es nicht ohne die Erkenntnis, daß der Mensch sich nicht selber aus seiner Verfallenheit an seinen Durchsetzungswillen befreien kann. Die neuen Richtlinien für evangelische Religionslehre haben das erkannt, wenn sie davon ausgehen, daß das Gebot der Nächstenliebe – und etwas dieser Art haben die Vf. der

allgemeinen Lernziele mit der sozialen Verantwortung wohl gemeint – als „der zweite Teil des Doppelgebots der Liebe verstanden“ wird, dessen erster Teil, die Gottesliebe, als „Geschenk und Forderung“ Voraussetzung für den zweiten Teil ist.

Selbstfindung geschieht dort, wo der Mensch von Gott angerufen und gehalten wird. Von der Preisgabe an die Selbstbehauptung befreit die Verantwortung vor Gott. Nicht in der Selbstverwirklichung, sondern in der Selbstverantwortung wird der Mensch ein Selbst.

Die Richtlinien der einzelnen Fächer in der gymnasialen Oberstufe sind darauf zu befragen, ob sie dem Heranwachsenden zu dieser Selbstfindung helfen und damit zu der ersehnten Reform der Schule beitragen.

## Aus unserer Arbeit

### EAK-Bundesvorstand wiedergewählt

**Mainz:** Im Zusammenhang mit der EAK-Bundestagung in Mainz fand eine Sitzung der Delegiertenversammlung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (Bundesarbeitskreis) statt. Wichtigste Tagesordnungspunkte waren der Rückblick auf die Arbeit und die Neuwahl des Bundesvorstandes. Wiedergewählt wurden:

Vorsitzender: Innenminister Prof. Dr. Roman Herzog, MdL; Stellvertretende Vorsitzende: Bundesminister a. D. Dr. Werner Dollinger, MdB; Bundestagspräsident a. D. Kai-Uwe von Hassel, MdEP; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Landtagspräsident Albrecht Martin, MdL.

Beisitzer: Dr. Ursula Besser, MdA; Arnulf Borsche, MdL; Dr. Peter Egen; Peter von der Heydt, MdB; Peter W. Höffkes, MdB; Dr. Gerd Langguth; Pastor Dr. Gottfried Mehnert; Dr. Friedrich Menke, MdBB; Hans-Adolf de Terra; Friedrich Vogel, MdB; Regierender Bürgermeister Freiherr Dr. Richard von Weizsäcker, MdA; Waltrud Will-Feld, MdB.

Dem Bundesvorstand gehören außerdem an: Bundesminister a. D. Dr. Gerhard Schröder als Ehrenvorsitzender und Bundesminister a. D. Dr. Elisabeth Schwarzhaupt als Ehrenvorstandsmitglied.

### Politische Verantwortung evangelischer Christen in Kirche und Gesellschaft Pastorin Gesa Conring referierte in Zeven

**Zeven:** Auf der ersten öffentlichen Veranstaltung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU im Landkreis Rotenburg/Wümme konnte der EAK-Vorsitzende Albert Rathjen (Bremerförde) eine große Zahl von Zuhörern begrüßen. Referentin dieser Veranstaltung war die EAK-Landesvorsitzende, Frau Pastorin Gesa Conring aus Hannover. Kirche und Politiker – so die Referentin – haben es schwer miteinander. Der Politiker wünsche keine Einmischung in politische Einzelfragen, wohl aber möchte er gerne den Trost der Kirche in Anspruch nehmen. Politiker fühlen sich oft von der Kirche allein gelassen. Hier habe der Evangelische Arbeitskreis der CDU eine wichtige Brückenfunktion, nämlich das Gespräch zwischen Kirche und den Politikern zu vermitteln. Sie betonte, daß aktives politisches Handeln Sache christlicher Laien sei. Die Kirche sollte sich auf Predigt, Seelsorge und Unterricht für alle Menschen – unabhängig von ihrer politischen Zugehörigkeit – beschränken. Evangelische Christen sollten heute klarer darüber nachdenken, was Machtverwaltung sei. Wir sollen uns mehr mit der Frage beschäftigen, wie in unserer Gesellschaft das Recht und die Ord-

nung hergestellt wird und wie vor allen Dingen die Schwachen zu ihrem Recht kommen. Allerdings dürften politische Fragen nicht zu Glaubensfragen hochstilisiert werden. In Zukunft werden vermehrt politische Stürme auf uns zukommen. Dann wird sich zeigen, woran wir uns halten und orientieren können. Christen bzw. politisch denkende und handelnde Christen orientieren sich am Evangelium von Jesus Christus und wissen, daß sie im Vorletzten den Menschen, aber im Letzten Gott verantwortlich sind.

Nach einer angeregten Diskussion erläuterte EAK-Vorsitzender Albert Rathjen die Aufgaben des Arbeitskreises im Landkreis Rotenburg/Wümme. Das Sozialprodukt und die Zahl der Arbeitsplätze werden in Zukunft geringer werden. Die entbrennenden Verteilungskämpfe dagegen nehmen an Schärfe zu. Der Arbeitskreis möchte biblische Orientierungshilfen erarbeiten, damit zukünftige politische Entscheidungen zu möglichst gerechten Lösungen führen. Das scheint auch für Entscheidungen auf kommunaler Ebene von Bedeutung zu sein.

Rathjen wies auf die am 11. September 1982 in Bremerförde stattfindende EAK-Landestagung hin und unterstrich, daß von dieser Tagung sicherlich viele Impulse für die EAK-Arbeit im Landkreis Rotenburg ausgehen.

## Vorträge der 25. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises

Einer der Höhepunkte der 25. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU vom 21. bis 23. Mai 1982 in Mainz war das einführende theologisch-politische Abendgespräch zwischen dem Präsidenten der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, D. Helmut Hild, und dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden des EAK, Landtagspräsident Albrecht Martin. Sie behandeln in sehr grundsätzlicher Weise das Verhältnis zwischen Kirche und Politik, vor allem auch das Verhältnis zwischen Kirche und den Unionsparteien. Weitere Vorträge unserer Bundestagung veröffentlichen wir in den folgenden Ausgaben der Evangelischen Verantwortung.

### Kirche und Politik im Dialog: Was uns verbindet – Was uns trennt

Helmut Hild

*Siehe auch  
Seite 10*

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren!

Bevor wir uns dem Thema dieses Abends zuwenden, darf ich Sie im Namen des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und seines Vorsitzenden, Landesbischof D. Lohse, und für die Leitung der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, in deren Gebiet Sie tagen, herzlich begrüßen. Wir freuen uns, daß sich der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU für seine Jubiläumstagung die Aufgabe gestellt hat, ein Bekenntnis zur Zukunftshoffnung der Christen anzusprechen und darüber nachzudenken, welche politischen Konsequenzen sich aus dieser Hoffnung ergeben. Je intensiver wir die politischen Herausforderungen unserer Zeit mit dem biblischen Evangelium konfrontieren, um so mehr können wir inne werden, daß diese Hoffnung kein leerer Wahn ist, sondern ihre Impulse in die Gegenwart und das Ringen um die Bewältigung ihrer Probleme hineingibt und zur sachgerechten Wahrnehmung politischer Verantwortung befreit. Denn diese Hoffnung, die alle Zukunft umfaßt und selbst über eine atomare Katastrophe hinausweist, vermittelt Kraft gegen die Zukunftsangst, die in der Welt und besonders in den Industriegesellschaften grassiert und ihre lähmenden Wirkungen zeigt.

„Christen wissen: Wir haben eine Zukunft“ – das haben wir als Christen und mit der ganzen Kirche vor aller Welt zu bezeugen. Und wir sind mit allen Christen aufgerufen, die Früchte dieser Hoffnung in den Prozeß zur Gestaltung des Gemeinwesens heute, in unserem Land und in der ganzen Welt, einzubringen. Die 25. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU kann dafür Anstöße geben. Für unsere Evangelische Kirche, welche die Beratungen und Ergebnisse dieser Tagung aufmerksam zur Kenntnis nehmen wird, wünsche ich Ihnen allen und Ihrer Arbeit in diesen Tagen Gottes Segen.

Ehe wir uns dem Thema selbst zuwenden, erlauben Sie mir bitte noch ein paar Vorbemerkungen zum Verständnis des Themas und zu meinem Ansatz. Die Zeit, die zur Verfügung steht, ist bemessen. Es wäre möglich, unser Thema ganz grundsätzlich anzugehen oder es zum Anlaß zu nehmen, die Frage, was uns eint und was uns trennt, speziell unter dem Verhältnis CDU/CSU-Evangelische Kirche zu betrachten. In

Abstimmung mit meinem Mitreferenten habe ich mich dafür entschieden, das zweite zu tun. Um aber die wesentliche Schuldigkeit der Grundsatzüberlegung nicht zu versäumen, ist in Ihren Unterlagen der Bericht, den ich vor unserer letzten Kirchensynode erstattet habe unter dem Thema „Besinnung auf die Mitte“, beigefügt. Aus verschiedenen konkreten Gründen ist hier der Versuch unternommen worden, die Frage nach der politischen Verantwortung der Kirche und ihre Handhabung ganz prinzipiell anzugehen und daraus Weisung für das Verhalten der Kirche in dieser Zeit und unter ihren Bedingungen abzuleiten. Ich bitte deshalb um Verständnis, wenn die grundsätzlichen Erwägungen in meinem Referat zurücktreten, und wenn es vorwiegend Anfragen der Kirche an die CDU/CSU formuliert. Ich hoffe, das so tun zu können, daß die brüderliche und partnerschaftliche Verbundenheit deutlich bleibt.

I.

#### Reflexionen zur Themenstellung

„Kirche und Politik im Dialog: Was uns verbindet – Was uns trennt“. Wenn ich dieses Thema mit dem Leitwort der Tagung von der Zukunftshoffnung der Christen zusammenbringe, muß ich mit dem Faust sagen: „Hier stock' ich schon!“ „Was uns verbindet – Was uns trennt“ – nehmen wir das „uns“ ernst, mit dem doch der Evangelische Arbeitskreis sich und seine Mitglieder meint, dann ist die Alternative vom Grundsatz her in Frage zu stellen. Denn was uns verbindet, das Gemeinsame, haben wir unbeschränkt: Das Evangelium, auf dem die Kirche gegründet ist, nach dem wir uns alle evangelische Christen nennen, und die Zukunftshoffnung, die aus ihm erwächst. Von dieser Gemeinsamkeit, die freilich über die Grenzen einer politischen Partei hinausgeht, sind wir alle miteinander umschlossen. Sie ist existentiell und fundamental. Die Trennungsfaktoren hingegen sind eine partielle Größe und relativer Natur.

Ich will das an einer Unterscheidung verdeutlichen, die dem großen Schweizer Theologen Karl Barth zu verdanken ist. Bald nach dem Krieg hat er evangelische Gemeinden in Deutschland besucht. Nach seiner Rückkehr in die Schweiz berichtete er auf einem Gemeindeabend über seine Erlebnisse. Dabei

brachte er seinen Respekt vor den Bemühungen der Kirche um einen neuen Anfang kirchlichen und bürgerlichen Lebens zum Ausdruck. Manche Predigten jedoch, sagte er, hätten ihn bedenklich gestimmt. Vorrangige Aufgabe der Predigt sei es nicht, aus schlechten Menschen bessere machen zu wollen, sondern zu verkündigen, daß Gott gut für schlechte Menschen ist. Als Christen leben wir davon, daß sich Gott unserer annimmt trotz aller Schuld, und in dieser Grunderkenntnis sind wir verbunden. Für manche Ohren mag das eine pathetische Feststellung sein, ohne Wirklichkeitsbezug. Aber sie ist ungemein wichtig für die Einschätzung des Trennenden und die Art und Weise, in der man über das Trennende redet. Über die Frage, was trennt, kann man ja nur kritisch und selbstkritisch sprechen. Wenn man sich auf gemeinsamem Grunde weiß, verbunden wie Brüder und Schwestern, dann kennt man auch die gemeinsame Verantwortung. Man wird frei von dem psychologischen und taktischen Zwang der Selbstverteidigung und offen für die Fragen des Gesprächspartners.

Aber die Anstöße, die aus der frohen Botschaft von dem Gott kommen, der gut ist für schlechte Menschen, wollen nun auch im Leben der Menschen und für ihr Gemeinwesen umgesetzt werden. Sie wecken die politische Verantwortung, bei der es in Analogie zur Aussage Karl Barths schon darum geht, aus Schlechterem Besseres zu machen, also mehr Gerechtigkeit, mehr Frieden, mehr Freiheit zu erreichen. Und hier trennen sich die Zuständigkeiten der Kirche, der die Verkündigung des Evangeliums auch im Blick auf seine politischen Konsequenzen aufgetragen ist, und eines politischen Zusammenschlusses von Christen, die ihre Erkenntnisse der Konsequenzen in ein politisches Programm gegossen haben. Unterschiedliche Aufgaben bedingen unterschiedliche Perspektiven, so daß hier die grundsätzlich abgewiesene Alternative „Was uns eint – Was uns trennt“ in einer relativen Form neu erscheint. Kein Zweifel – auf dem Felde der Zuständigkeit zeigen sich mitunter erhebliche Differenzen und entwickeln sich Konflikte, die der Bearbeitung bedürfen.

Die biblische Botschaft gibt in der Regel keine abschließende Auskunft darüber, wie im konkreten Zusammenhang der politischen Prozesse bessere Verhältnisse geschaffen werden können. Hier ist eine ganz persönlich erarbeitete Urteilsbildung unumgänglich, weil Erfahrung, Verstand und Fachwissen gefordert sind. Das aber heißt, daß man zu unterschiedlichen Urteilen kommen kann, auch bei einer Übereinstimmung im Grunde. Da nun aber die Menschen, die für die Kirche oder für eine politische Vereinigung von Christen reden, von den gleichen Voraussetzungen bestimmt sind, also von derselben Fundamentierung, aber auch von der Möglichkeit, unterschiedlich zu urteilen, kann von trennenden Faktoren zwischen Kirche und Politik in diesem Zusammenhang nur die Rede sein, wenn die Kirche generell und durchgängig den Eindruck erweckt, als identifiziere sie sich mit anderen politischen Programmen. Im übrigen aber müssen wir davon ausgehen, daß im relativen Bereich politischer Urteilsbildung die Trennungslinien, die zwischen den Christen in den verschiedenen Parteien und manchmal

auch innerhalb der Parteien verlaufen, auch in der Kirche erkennbar werden. Im Einzelfall kann der Politiker, der sein Geschäft als Christ verantwortet, eine schmerzliche Distanz zur Kirche verspüren. Aber um ein Problem, das unter der Alternative „Was uns eint – Was uns trennt“ einzuordnen wäre, handelt es sich nicht.

## II.

### Zum Verhältnis von Kirche und CDU

Im März 1982 hat der Evangelische Arbeitskreis ein Positionspapier zu diesem Verhältnis vorgelegt. In einem Abschnitt über Defizite der CDU gegenüber den Kirchen steht der bemerkenswerte Satz: „Christsein und Kirche gehören für die meisten CDU-Politiker in den rein privaten Bereich“. An anderer Stelle heißt es: In der Kirche „bestehen traditionelle Vorbehalte gegenüber dem ‚C‘ im Parteinamen“. In diesen beiden Sätzen wird ein Widerspruch offenbar, der die Ursache vieler Störungen und Mißverständnisse im Verhältnis von CDU und Kirche sein dürfte.

Zunächst einmal: Wenn es stimmt, daß für die meisten CDU-Politiker Christsein und Kirche in den rein privaten Bereich gehören, dann bestünde ein kirchlicher Vorbehalt gegenüber dem „C“ zu Recht. Denn das „C“ kann doch nichts anderes besagen, als daß in der CDU Menschen politisch tätig sind, die ihre Politik als Christen verantworten wollen. Christliche Verantwortung aber ist in allen Lebensbereichen Antwort auf das Wort Gottes, das in der Kirche verkündigt wird. In seinem politischen Handeln antwortet der Christ auf die Zusage, daß er wie alle anderen Menschen in der Welt unter der Verheißung steht, Gottes Kind zu sein, und daß er das weiß und darum zu einer Gestaltung eines menschlichen Gemeinwesens beitragen will, in dem die Menschen ihrer Würde leben können. Um es ganz entschieden zu sagen: Wer sich nicht dem beständigen Prozeß des Hörens auf das Wort Gottes und des Handelns nach dem Wort Gottes aussetzt – ein Prozeß, der wie das Einatmen und Ausatmen verläuft –, kann nicht den Anspruch erheben, christliche Politik zu machen.

Für diesen Prozeß ist die Kirche nicht entbehrlich. Denn die Verkündigung richtet sich zuerst an die Gemeinde und will darum in ihrem Kreis auch auf Konsequenzen hin bedacht werden. Und zu ihren wesentlichen Konsequenzen gehört die Bildung von Gemeinde. In den vom Evangelischen Arbeitskreis formulierten „Anfragen evangelischer Christen in politischer Verantwortung an ihre Kirche“ wird mehrfach die Theologische Erklärung von Barmen zitiert, die 1934 als Bekenntnis gegen den Ungeist der „Deutschen Christen“ und des Nationalsozialismus entstand. Dort heißt es in der dritten These: „Die christliche Kirche ist eine Gemeinde von Brüdern, in der Jesus Christus in Wort und Sakrament durch den Heiligen Geist als der Herr gegenwärtig handelt“. Vorher war in der ersten, fundamentalen These gesagt worden: „Jesus Christus, wie er uns in der Heiligen Schrift bezeugt wird, ist das eine Wort Gottes, das wir zu hören, dem wir im Leben und Sterben zu vertrauen und zu gehorchen haben“. Christsein und Kirche können also generell nicht nur einen

privaten Charakter haben, (den sie natürlich auch haben) und ganz gewiß nicht für einen Politiker, der sein Handeln als Christ verantworten möchte. Denn im Evangelium äußert sich – auch das ist eine Aussage aus dem Barmer Bekenntnis – „Gottes kräftiger Anspruch auf unser ganzes Leben!“

Beim Verhältnis zum Glauben und zur Kirche handelt es sich um eine zwar nicht nur private, aber doch sehr persönliche Sache. Darum kann man darüber eigentlich auch nur persönlich sprechen. Daß hier aber ein wunder Punkt berührt wird, wird in manchen Erfahrungen deutlich, die Vertreter der Kirche machen. Uns fällt auf, daß die Kenntnis der Kirche, ihrer organisatorischen Zusammenhänge, ihrer theologischen Fragestellungen, ihrer Lebensabläufe und auch ihrer Grundmentalität mitunter ausgesprochen schwach ausgebildet ist. Unter solchen Voraussetzungen können sich Verständnis für den kirchlichen Gesprächspartner und Einfühlungsvermögen in die Besonderheiten, die ihn prägen, kaum entfalten. Weil sich aber mit dem „C“ im Namen der CDU der Anspruch auf eine Politik aus christlicher Verantwortung permanent manifestiert, werden Kirche und CDU zwangsläufig immer wieder aufeinander bezogen. Mangel an Verständnis und an Einfühlungsvermögen auf der einen Seite bedingt oft das Entstehen ähnlicher Phänomene auf der anderen Seite. Vermutlich hängt die auch in Dokumenten des Evangelischen Arbeitskreises erwähnte Beobachtung, die Evangelische Kirche habe zu den Parteien der sozial-liberalen Koalition ein unkomplizierteres, manchmal vielleicht auch vertrauensvolleres Verhältnis als zur CDU, mit diesen Umständen zusammen. Die Evangelische Kirche möchte den Dialog mit allen demokratischen Parteien führen, sachlich und in einem Vertrauen, gegenüber allen, das aus der gemeinsamen Verantwortung für die Welt und besonders für unser Volk erwächst. Das Vertrauen zwischen Kirche und CDU wird gefördert, wenn die Menschen, die sich als christliche Politiker verstehen, auch als Christen in ihrer Kirche in Erscheinung treten.

Nun weiß ich natürlich, daß gerade viele evangelische Politiker in der CDU den Eindruck haben, in ihrer Kirche werde es ihnen besonders schwer gemacht. So artikulieren sich manche Sorgen auch in den schon erwähnten „Anfragen evangelischer Christen in politischer Verantwortung an ihre Kirche“. Auf einige der hier angesprochenen Sachfragen werde ich noch zurückkommen. Zunächst aber möchte ich die sozusagen atmosphärische Seite dieser Schwierigkeiten ansprechen. Die privatistische Einschätzung der Kirche als eine der Ursachen für Entfremdungsvorgänge habe ich schon genannt. Gelegentlich existiert aber auch ein Idealbild von Kirche, welches das Einfinden in ihre Wirklichkeit erschwert. Dieses Idealbild wird mit der Erwartung verbunden, die Kirche müsse auf einer hohen Warte die eigenen, immer nur unvollkommen in die Tat umgesetzten politischen Vorstellungen geistig-geistlich begründen und modellhaft darstellen. Doch das Idealbild ist eine Illusion. Auch in der Kirche leben fehlerhafte Menschen, nicht anders als in der politischen Welt, und letztlich sind es dieselben Menschen. Aber das Idealbild geht auch sachlich von falschen Erwartungen aus.

Die ideale Kirche gibt es nicht, jedenfalls nicht vor dem Jüngsten Tage, die Gemeinschaft von Leuten, die aus schlechten Menschen zu guten geworden wären. Schon das Neue Testament berichtet genug von den Ärgernissen und Streitigkeiten, in welche die frühe christliche Kirche verstrickt war. Der Unterschied zur Welt besteht nicht darin, daß in der Kirche die guten Menschen zu finden sind und Wahrheit und Weisheit in allem walten, was in der Kirche geschieht. Die Kirche unterscheidet sich von allen anderen nur durch die einzigartige Botschaft von dem Gott, der gut für schlechte Menschen ist. Der Glaube, den diese Botschaft auslöst, vermittelt die Gewißheit des wahren Lebens und macht Mut dazu, es zu ergreifen. Er macht auch frei dazu, sich um eine entsprechende Gestaltung des Lebens zu bemühen. Darum ist in der Kirche und im Leben der Christen schon manches anders als anderswo. Doch die neue Freiheit kann auch mißbraucht werden oder ungenutzt bleiben. Die Notwendigkeit, daß der gute Gott sich des schlechten Menschen annimmt, ist immer neu gegeben. Der Christ ist, wie Luther sagt, „simul justus et peccator“, zugleich Gerechtfertigter und Sünder. Entsprechend steht es auch mit der Kirche, die ja aus diesen Menschen zusammengesetzt ist.

Man kann deshalb seine Kirche nicht verurteilen oder ihr den Rücken kehren, weil man sich über sie ärgert oder an ihr leidet. Um es mit einem erlebten Beispiel zu verdeutlichen: Wenn ein Politiker, der sich über Pfarrer und wahrscheinlich auch über die Kirchenleitung erheblich geärgert hat – mit Gründen zugestandenermaßen – gegenüber Vertretern dieser Kirche seine Absicht erklärt, aus der Kirche auszutreten, dann mag er diese Vertreter vielleicht erschrecken. Vor allem aber wird er Zweifel daran wecken, ob er überhaupt weiß, was Kirche ist und was christlich ist, und damit Zweifel an der Aufrichtigkeit der christlichen Motivation, die er für seine Politik in Anspruch nimmt. Ein Christ kann die Kirchengemeinschaft nicht aufgeben, ohne sich vom Leibe Christi selbst abzusetzen. Wohl kann er die Konfession wechseln, aber das nur nach sorgfältiger Prüfung seiner tiefsten Glaubensüberzeugung. Ärger mit der Kirche jedoch kann ihn eigentlich nur dazu veranlassen, als Christ mehr an ihrem Leben teilzuhaben und dazu beizutragen, daß sie beim Evangelium bleibt.

### III.

#### **Mißverständnisse über die politische Verantwortung der Kirche**

In den schon zitierten „Anfragen evangelischer Christen“ äußern sich Sorgen, die durch politische Aussagen und entsprechende Vorgänge in der Kirche ausgelöst sind. Vor dem Forum des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU dürfte es nicht nötig sein, den theologischen Nachweis für den Zusammenhang zwischen der Verkündigung des Evangeliums und ihren Folgerungen für die Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens zu führen. Ich kann mich auf eine einfache Feststellung beschränken: So wie der Glaube in die Beziehung zum anderen Menschen die Nächstenliebe einbringt so weckt er auch den Willen, sich für die Gemeinschaft der Menschen zu engagieren. Politik aus christlicher Verantwortung



ist das Bemühen, Nächstenliebe politisch umzusetzen. Deshalb hat auch die Kirche, der die Verkündigung aufgetragen ist, an der politischen Verantwortung teil.

Die Kirche und ihre Verkündiger wissen freilich in der Regel ebenso wenig wie die anderen Christen, welche Wege aktuell zur Lösung der Probleme hinführen. Darum bejaht unsere Evangelische Kirche auch die Parteienstruktur voll und ganz, die Struktur, in der „die für die Demokratie entscheidend wichtige Auseinandersetzung über den besten Weg der Politik“ (Anfragen) stattfinden kann. Aber die Verkündigung kann sich nicht generell der politischen Äußerung auch im konkreten Fall enthalten. Denn sie betrifft das ganze Leben und soll auch dazu beitragen, daß die Christen in aktuellen Herausforderungen den christlich verantwortbaren Weg finden können. Deswegen muß politische Diskussion auch in der Kirche möglich sein. Das gilt besonders dann, wenn weitreichende, die Existenz der Menschen berührende Entscheidungen auf dem Spiele stehen.

Aus der Anerkennung pluraler Entscheidungsmöglichkeiten, aus der Tatsache, daß Christen auch bei einer gemeinsamen Motivation in der Sache unterschiedlich denken und kontroverse parteipolitische Positionen beziehen können, ergibt sich für die Kirche als Institution die Forderung nach strikter parteipolitischer Neutralität. Die Neutralität innerhalb der Strukturen politischer Willensbildung kann jedoch nicht in jedem Falle auch in der Sache durchgehalten werden. Der Verkündiger darf unter Umständen nicht neutral sein; dann nicht, wenn ihn die Auseinandersetzung mit dem biblischen Wort und die Diskussion in der Kirche zu einer Erkenntnis geführt haben, die weiterzugeben er sich um des Zeugnisses willen verpflichtet sieht. Synoden und Kirchenleitungen können nicht unbedingt neutral sein, wenn sie zu einem Beitrag zu lebenswichtigen Fragen herausgefordert sind. Von dem Extremfall, daß es Gott mehr zu gehorchen gilt als den Menschen, braucht in unserem Zusammenhang gar nicht die Rede zu sein.

Darum liegt sehr viel daran, daß es in der Kirche gelingt, die strukturelle Neutralität und die Verflochtenheit in die Sachdiskussion auf einen verständlichen Nenner zu bringen. Die gerade in der letzten Zeit – und nicht nur aus den Reihen der CDU – laut gewordene Kritik macht deutlich, daß es damit Schwierigkeiten gibt. In den schon zitierten „Anfragen“ wird ein Problem benannt: „Entsteht hier nicht die Gefahr – so wird gefragt –, daß die für die Demokratie entscheidend wichtige Auseinandersetzung über den besten Weg der Politik durch bekenntnishafte Entscheidungen ersetzt wird?“ Ja, die Gefahr besteht. Wenn Vertreter der Kirche ihre persönliche Einsicht in Fragen, bei denen Christen unterschiedlich denken können, so vertreten, als sei sie mit dem Bekenntnis der Kirche oder gar mit dem Willen Gottes identisch, dann trägt das nicht zur Klärung, sondern zur Verwirrung bei, im politischen Prozeß und in der Sicht der Kirche. Ich teile auch die im Papier des Evangelischen Arbeitskreises geäußerte Sorge, daß die unreflektierte Übertragung theologischer Begriffe in die politische Diskussion dazu beitragen könnte, diese durch Bekenntnisakte zu ersetzen. Die in diesem Zusammenhang gestellte

Frage, ob nicht „politische Parteien durch die Aufnahme religiös aufgeladenen Vokabulars selbst zunehmend den Charakter von säkularisierten religiösen Gemeinschaften annehmen“, sollte von der CDU freilich auch selbstkritisch bedacht werden.

Um Mißverständnisse möglichst auszuschließen, sollten die Personen und Gremien, die für die Kirche sprechen, deutlich machen, daß ihre politischen Äußerungen Beiträge sind, die von der Sache der Kirche her und nicht im vorrangig politischen Interesse eingebracht werden, und daß sie relative Beiträge sind und nicht die Sache selbst. Deshalb ist auch der Begründungszusammenhang darzustellen, der zwischen dem Hören auf das Evangelium und Überlegungen zu seinen Konsequenzen besteht. Häufig sind es gar nicht die Inhalte der Aussagen an sich, die Ärger bereiten, sondern die Art und Weise, in der geredet wird. Es leuchtet ja den meisten Menschen ein, daß der christliche Glaube sehr sensibel macht für den Frieden oder die Schöpfung. Unverständnis und Ärger breiten sich dann aus, wenn die eigene Einsicht in einer Form vertreten wird, die den in der Sache anders Denkenden vor die Frage stellt, ob er sich überhaupt noch als Christ verstehen darf.

Nun sollten wir jedoch nicht übersehen, daß auch die Kirche in einer Generationenentwicklung steht und vom Geist der Zeit nicht unberührt bleibt. Viele kirchliche Mitarbeiter entstammen heute der Generation, die in Schule und Universität auf die Meinung eingestimmt worden ist, nur Konflikte brächten die Gesellschaft voran und darum sei scharfes Reden erforderlich. Diese – wie ich meine überhaupt nicht realitätsgerechte – Theorie wird dann leider immer wieder bestätigt durch den Stil der politischen Auseinandersetzung in unserer Zeit, an dem auch die CDU ihren Anteil hat. Mein Rat an den Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU und an die Kirche: Wir sollten mehr damit rechnen, daß die biblischen Tugenden des Zuhörens, des Verzichtes, den anderen zu richten, der Freundlichkeit und der Geduld, die Wirksamkeit unserer Aussagen und Auseinandersetzungen nicht dämpfen, sondern verstärken.

Die Spannungen spitzen sich zu, wenn Entscheidungen zur Debatte stehen, die als Gewissensentscheidungen gewertet werden können. Wie der Artikel über die Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen beweist, stuft das Grundgesetz die Gewissensentscheidung sehr hoch ein. An diese Tatsache muß angesichts mancher Polemik gegenüber Kriegsdienstverweigerern erinnert werden. Aber schon im Gegenüber von Wehrdienst und Kriegsdienstverweigerung zeigt sich, daß das Gewissen keine letztverbindliche Instanz, sondern eine subjektive Größe ist, der Respekt gebührt und deren Grenzen im Blickfeld bleiben müssen. Denn schließlich haben die Soldaten ja auch ein Gewissen und entscheiden an ihm. Unzweifelhaft stehen die Politiker heute vor Entscheidungen, die in besonderer Weise das Gewissen herausfordern, gerade auch das Gewissen von Christen. Ich nenne nur als Beispiele die Politik der Friedenssicherung durch Abschreckung mit atomaren Waffen und die Nutzung der Atomenergie, ohne jetzt weitere Begründungen zu geben. Man kann es nicht leichthin abtun, wenn ein Christ nach sorgfältiger Prüfung zu der Erkenntnis

kommt: „Hier geht es um mein Bekenntnis zu Gott. Ich kann mich nur verweigern und muß meine Stimme dagegen erheben.“ Doch da sind auf der anderen Seite auch Christen, die sich nicht anders um ihre Verantwortung vor Gott bemühen und zu ganz entgegengesetzten Ergebnissen kommen. Solange wir nicht in aller Klarheit und in breiter Übereinstimmung als Christen die biblische Weisung für den rechten Weg sehen, kann die Kirche die Gewissen nicht binden. Sie kann fragen und den Dialog ermöglichen, aber nicht die Entscheidungskompetenz in Anspruch nehmen.

Wir sollten allerdings die Schwierigkeiten, die sich im Verhältnis von CDU und Kirche eingestellt haben, nicht allein auf Fehler und Mißtöne zurückführen, die bei der Wahrnehmung der öffentlichen Verantwortung der Kirche und ihren Mitarbeitern unterlaufen. Im konkreten Zusammenhang erleben wir mitunter und für beide Seiten schmerzlich, was ich vorhin allgemein festgestellt habe: Mangel an Verständnis und an Einfühlungsvermögen auf der einen Seite bedingen oft das Entstehen ähnlicher Phänomene auf der anderen Seite.

Es ist zwar völlig richtig, wenn die „Anfragen“ des Evangelischen Arbeitskreises kritisch bemerken: „Bei der Diskussion wichtiger politischer Fragen werden Sachentscheidungen durch theologische Begriffe ‚religiös aufgeladen‘ und damit die Zustimmung zu einer politischen Möglichkeit zu einer Glaubensentscheidung hochstilisiert. ‚Versöhnung‘ tritt anstelle von ‚Verständigung‘; ‚Frieden‘ wird nicht mehr als Begriff des Völkerrechts und der internationalen Politik verstanden, sondern im biblischen Sinn umfassend interpretiert und damit der politischen Diskussion entzogen.“ Auf der anderen Seite aber ist es doch die Aufgabe der Kirche, den Zusammenhang zwischen den biblischen Inhalten und der politischen Realität herzustellen, also zum Beispiel zwischen dem „Frieden Gottes, der höher ist als alle Vernunft“ und dem „Frieden auf Erden“, was übrigens auch ein biblischer Begriff ist. Gerade eine Partei, die sich auf ihre christliche Gründung beruft, muß daran entschieden interessiert sein. Sie sollte auch Verständnis dafür haben, daß die Kirche bei dieser Bemühung nicht immer Rücksicht auf politische Opportunitäten nehmen kann, sondern das Recht und die Pflicht hat, die Dinge grundsätzlich anzugehen.

Ich erinnere mich noch, welche Aufregung die Denkschrift der EKD aus dem Jahre 1965 zur Lage der Vertriebenen und dem Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn in breiten Kreisen der CDU ausgelöst hat. Dabei – ich meine dieses Urteil abgeben zu dürfen – war die Denkschrift doch zumindest ein christlich ernsthafter und politisch nüchterner Versuch, die Konsequenzen aus der biblischen Botschaft von der Versöhnung Gottes mit den Menschen, welche Versöhnung unter Menschen möglich macht, zu bedenken und in politische Fragestellungen umzusetzen. Der massive Widerspruch aus der CDU hat gerade bei solchen Vertretern der Kirche zu Unverständnis und wohl auch zu einer Entfremdung gegenüber der Partei geführt, denen es um Politik aus christlicher Verantwortung ging.

Heute können sich ähnliche Entfremdungs- und Polarisationsprozesse an der Friedensfrage, an öko-

logischen oder ökonomischen Problemen entzünden. In einer Welt, über der das Damoklesschwert eines mehrfachen Overkills schwebt, kann eine Kirche, die den Frieden Gottes zu verkünden hat, nicht davon absehen, von dieser Botschaft her das von der Abschreckung und damit von der Drohung mit den Totalvernichtungswaffen getragene Sicherheitssystem kritisch zu hinterfragen und die ihm innewohnende Denkweise zu problematisieren. Sie kann auch dann nicht davon absehen, wenn sich ihre Fragen angesichts der politischen Realitäten weltfremd und utopisch ausnehmen. Vielmehr muß die Kirche vom Glauben her erwarten, daß ihr spezifischer Beitrag in den Prozeß der Friedenssicherung eingeht und nicht vergeblich bleibt. Die Auseinandersetzung um das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ in der DDR und anderen Ländern des Ostblocks deutet auf die Berechtigung solcher Erwartungen hin. Der Sauerteig des Evangeliums wirkt auch noch in ideologisch abgeschotteten Systemen. Das ist kein Anlaß zum Triumphieren, schon gar nicht in der seltsam widersprüchlichen Form, daß man für „drüben“ begrüßt, was man hier verwirft. Aber ein solcher Vorgang kann uns für die Menschen in Ost und West mit der Hoffnung erfüllen, daß es doch gelingen möchte, bessere Wege zur Friedenssicherung aufzutun. Und wenn nicht alles täuscht, haben solche Hoffnungen inzwischen durchaus konkreten Anlaß gewonnen.

Zugestanden: Mit der einseitigen Inanspruchnahme des Willens zum Frieden für die eigene Position, mit unfriedlicher Schärfe der Polemik ist dem Frieden auch dann nicht gedient, wenn man im Namen der Kirche zu reden vorgibt. Gegen solche Verhaltensweisen soll sich der für realitätsbezogene Entscheidungen verantwortliche Politiker getrost zur Wehr setzen. Aber die Kirche braucht Anerkennung und vielleicht auch Unterstützung von Politikern, die ihre politische Verantwortung christlich verstehen, für ihren Auftrag, in ihrem Denken und Fragen über die gegenwärtige Realität hinauszugreifen, weil sie von der Realität der Verheißungen Gottes her denken darf. Ich sagte es schon zu Beginn: Aus der Perspektive dieser Zukunft kommt die Befreiung zu einer nüchternen und hilfreichen Sicht gegenwärtiger Wirklichkeit, und damit zu praktischer Politik.

Vergleichbare Fragen stellen sich im ökologischen Problemfeld, in der Verpflichtung gegenüber der Dritten Welt, in der Politik gegenüber unseren ausländischen Mitbürgern, im Zusammenhang der wirtschaftlichen Solidargemeinschaft und des Verständnisses von Arbeit. In allen diesen Bereichen gibt es Defizite im Verständnis der Tatsache, daß die Kirche auf Gesichtspunkte verweisen, unter Umständen auch die Einsicht in Forderungen wecken muß, die im aktuellen Zeitpunkt unrealistisch erscheinen oder Interessen tangieren, die man nicht berührt sehen möchte. Noch einmal: Diese Rolle sollte man der Kirche nicht übelnehmen, sondern helfen, daß ihr Beitrag das Ringen um gute Lösungen befruchtet. Insbesondere möchte ich auch auf die ökumenische Verflechtung der Kirche aufmerksam machen, die sie im Konflikt zwischen nationalen Interessen und Belangen von Menschen in anderen Teilen der Welt zum Fürsprecher dieser Menschen werden lassen. Alle eben aufgezählten Fragen kommen in den The-

men dieser Bundestagung vor, was sehr froh macht, und die Auswahl der Referenten zeigt auch, daß Sie, meine Damen und Herren, sich den Positionen, die hierzu von der Kirche vertreten werden, stellen wollen. Ich bitte um Verständnis, daß mir die Zeit verbietet, mich eingehender zu äußern.

Ich komme damit zum Schluß. Sie sollen als Politiker in christlicher Verantwortung keinen Zweifel daran haben, daß die Evangelische Kirche in Deutschland ihren Beitrag zur Gestaltung unseres Gemeinwesens gern leistet. Denn sie ist dankbar für eine staatliche Ordnung, in der die Lebensrechte der Menschen den Ausschlag geben, in der diese Rechte durch das allgemeine Recht geschützt sind und sich in Freiheit entfalten können. Sie sollen wissen, daß die Kirche die Politiker in ihrer schweren Verantwortung achtet, ihre Zuständigkeit respektieren will, für sie betet und ihnen im Dialog zur Verfügung steht. Ihr besonderer Auftrag verpflichtet sie freilich, die Verantwortung für das Gemeinwohl eigenständig und

unabhängig wahrzunehmen. Dabei versteht sich die Kirche aber nicht als Richter über den Parteien, sondern als Partner, der von seinem Beitrag Hilfe für die Politiker in den Parteien erhofft. Auch kritische Anfragen seitens der Kirche gehen von dieser Absicht aus, und ich möchte das sogar für die Phänomene in Anspruch nehmen, bei denen wahrscheinlich viele in der Kirche wie in den Parteien der Meinung sind, daß man es zumindest besser machen und klarer darstellen könnte.

In einer Zeit, die mit ihren Gegensätzen und ungeklärten Fragen eine besonders kritische Phase in der Geschichte darstellen dürfte, sind die Christen mehr denn je auf den Plan gerufen, ihre Erkenntnisse und die Kräfte ihres Glaubens in die Anstrengungen für gute Lösungen einzubringen. Dafür brauchen die Christen, die sich in politischen Parteien engagieren, den Rückhalt ihrer Kirche. Ich möchte Ihnen und auch den Christen in anderen Parteien sagen, daß wir uns dieser Verantwortung bewußt sind.

---

## Kirche und Politik im Dialog: Was uns verbindet – Was uns trennt

Albrecht Martin

---

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich hoffe daß es mir gelingt, die von dem Herrn Kirchenpräsidenten begonnene Form der Beschäftigung mit dem Thema einigermaßen beizubehalten. Ich möchte versuchen, im Laufe der Abhandlung meines Themas, wie ich sie mir vorgestellt habe, den einen oder anderen Gedanken, den Sie, Herr Kirchenpräsident geäußert haben, aufzugreifen und ihn in der Form des Dialogs weiterzuführen.

Es sei von vornherein zugegeben, daß diese Formulierung mehr um der öffentlichkeitswirksamen Griffigkeit willen, als im Blick auf inhaltliche Genauigkeit gewählt wurde. Kirche und Politik sind weder vom Sprachverständnis her noch inhaltlich vergleichbare Größen, können also auch nicht im Dialog miteinander stehen. Tasten wir uns also zunächst an das inhaltlich Gemeinte heran und formulieren: Menschen, die Glieder einer Kirche sind, stehen im Dialog mit Menschen, die im politischen Bereich Verantwortung tragen. Aber so einfach läßt sich das Problem nicht fassen, denn viele Menschen in politischer Verantwortung fühlen sich als Glieder ihrer Kirche und alle Glieder der Kirche sind in unserem Land zugleich Bürger dieses Staates. Der Dialog wird also zwischen Menschen geführt, die in entscheidenden Bezügen übereinstimmen; der Dialog spielt sich ganz wesentlich im Nachdenken jedes Menschen ab, wie er in seiner politischen Entscheidung seiner Glaubensbindung treu bleibt und wie er andererseits in seinem Glaubenszeugnis der ihm aufgetragenen politischen Verantwortung gerecht wird. Wir führen also nicht zuletzt mit uns selbst einen Dialog, wenn wir ernst nehmen, was mit der

Formulierung „Kirche und Politik im Dialog“ eigentlich gemeint ist.

Die Schwierigkeiten mit diesem Dialog haben zwei Ursachen: Einmal liegt es in der Natur der Dinge, daß jedes kirchliche Reden und Handeln als etwas letztgültig Betreffendes diesem immer nur sehr vorläufig gerecht werden kann.

„Wir haben solchen Schatz in irdenen Gefäßen“, stellt schon der Apostel Paulus fest und deutet damit schon an, daß kirchliches Reden zwar das Unmißverständliche und Eindeutige meint, sich aber des gebrechlichen, mißverständlichen Mittels der Sprache bedienen muß.

Die andere Ursache ist geschichtlich begründet. Das biblische Zeugnis und die sich aus ihm ergebenden Vorstellungen sind in einer Zeit entscheidend geprägt, als Kirche und Politik, Zugehörigkeit zur Gemeinde und aktive Teilnahme am politischen Handeln sich tatsächlich kontrovers, unvereinbar gegenüberstanden, und nur aus dem Raum der Gemeinde war Römer 13 möglich, während umgekehrt das Bekenntnis zu Christus den Menschen des 1. Jahrhunderts von jeder aktiven politischen Tätigkeit schied. Auch in diesem Bereich, also beim Dialog von Kirche und Politik, ist die eigentliche große Übersetzung in die Welt unserer Vorstellungen und Gegebenheiten noch nicht gelungen, und das belastet diesen Dialog ganz erheblich.

Man darf daran erinnern, daß es einmal eine große Kontroverse gegeben hat, als Bischof Dibelius Bischof Lilje bat, Römer 13 für unsere Zeit neu zu übersetzen. Dies ist mir ein deutliches Zeichen dafür, wie schwer es uns ist, die entscheidende Stelle,

in der eine Aussage gemacht wird zum Verständnis des Bereichs des Politischen vom Boden des Evangeliums her, überhaupt in unsere Vorstellungswelt zu übertragen.

Versuchen wir der Aufgabe uns weiter zu nähern durch exakte Definition der zentralen Begriffe.

Kirche, das ist einmal eine bestimmte Größe unseres öffentlichen Lebens; im pluralen Staat eine Gruppe unter Gruppen. Kirche ist aber auch – und für uns wesentlich – die Gemeinschaft derer, die getauft sind und sich zu Jesus Christus als ihrem Herrn bekennen. Sie ist Gemeinschaft derer, die sich also einem umfassenden Anspruch anheim geben, der sogar als totalitär bezeichnet werden müßte, wenn nicht gerade das Bekenntnis zu Jesus Christus frei machte. „So euch der Sohn frei macht, so seid ihr recht frei“.

Eine der Schwierigkeiten des Christen im politischen Raum besteht darin, dem persönlich sich nicht an Christus gebunden fühlenden, auch dem Parteifreund, deutlich zu machen, daß die Bindung an das Evangelium für den, der es akzeptiert, Befreiung und nicht Fessel bedeutet, das heißt der Dialog zwischen Kirche und Politik ist auch ein Dialog des Politikers aus christlicher Überzeugung mit dem Politiker, der nicht aus gleicher Überzeugung heraus handelt und mit dem er gleichwohl ständig sich gemeinsam um den Konsens zu bemühen hat.

Politik ist der Bereich, in dem Menschen, Gruppen und Völker, ihre Lebensverhältnisse und ihr Zusammenleben unter sich wandelnden Voraussetzungen ordnen. Da ringen Interessen miteinander, da wird Gewalt ausgeübt und Gewalt abgewehrt, da geht es aber auch oft um ideelle Ziele, für die Menschen sogar das Leben einzusetzen bereit sind. Politik, das ist aber auch der Bereich, in dem Angst und Hybris zur Katastrophe führen können, wie die Geschichte vom Turmbau zu Babel mit höchst aktueller Deutlichkeit aufzeigt.

Indem Kirche ihre Botschaft in solche Verwicklungen und Nöte, in solche Leidenschaften und Katastrophen hineinspricht, relativiert sie zugleich alles politische Handeln, jede politische Zielsetzung, weil – um es mit dem 2. Jesaja auszudrücken – die Völker und Staaten sind wie Tropfen am Eimer.

Solche Relativierung ist zugleich immer Humanisierung, und zwar deshalb, weil sie den Menschen aus der Ausweglosigkeit scheinbarer politischer Zwänge befreit, ihn tröstet und ihm Hoffnung gibt, weil entgegen allem Augenschein eben nicht die politische Macht, sondern Gott im Regiment sitzt.

Und wenn ich das so einfach sagen darf: eine in falscher Weise politisierende Predigt wird dem Evangelium deshalb nicht gerecht, weil sie dieses kostbare Geschenk der Relativierung des ganzen politischen Raumes nicht gibt, weil sie nicht auf das hinweist, was gegenüber der Welt des Vorläufigen das Endgültige ist, die Zusage der Liebe Gottes, und weil sie dadurch den Menschen geradezu in der verkehrten Fixierung auf falsche Werteordnungen festnagelt, statt ihn daraus zu lösen.

Die Botschaft ruft aber zugleich in die Verantwortung für die Dinge dieser Welt, und zwar sowohl in

die Verantwortung für den Mitmenschen, der zum Nächsten geworden ist, als auch für die Welt als Teil der Schöpfung Gottes und als geschichtlichen Raum, in dem Gott in Jesus Christus sich offenbart hat.

Ich habe manchmal den Eindruck, daß dieser letzte Teil in der theologischen Aussage unserer Kirche gegenwärtig erheblich zurücktritt.

Zweimal konnte es, wenn ich recht sehe, in der Geschichte scheitern, als ob man der Spannung, aus der dieser Dialog zu führen ist, entgehen könne. Das war einmal, ich sagte es schon, die Zeit des Urchristentums, als in der Erwartung der Wiederkehr Christi und angesichts einer in der Christusfeindlichkeit beharrenden Welt die politischen Ordnungen gleichgültig geworden waren. Wer morgen das Ende aller Dinge erwartet, ist heute an Fragen der Gesetzgebung oder des Völkerrechts nicht interessiert.

Und abgesehen davon, meine Damen und Herren, wir vergessen manchmal, daß, so weit wir es wissen, aufs ganze gesehen die apostolische Zeit die vielleicht umfassendste Friedenszeit gewesen ist im politischen Sinn, die die Menschheit je erlebt hat. Es ist nicht zufällig, daß unter Augustus der Tempel des Mars dreimal geschlossen war, ein Ereignis, das eine der Voraussetzungen für die Reisen des Apostel Paulus war, und eine der Voraussetzungen dafür, daß das Evangelium in wenigen Jahrzehnten vom Euphrat bis zum westlichen Spanien gehen konnte. Da stellte sich die Frage nach der Ordnung dieser Dinge, weil so vieles ganz selbstverständlich war, völlig anders als in unserer Zeit.

Ganz entgegengesetzt ist der Versuch des frühen und hohen Mittelalters, zu einer Einheit beider Reiche und Bereiche zu kommen. Staat und Kirche, Christusbekenntnis und politisches Handeln bilden eine grundsätzliche Einheit, so unterschiedlich sich auch die tatsächliche Machtverteilung im geschichtlichen Rückblick darstellen mag. Diese Einheit ist, wenn sie je wirklich bestanden hat, längst zerbrochen. Sie mußte zerbrechen, wenn nicht der christliche Glaube zur politisch wirksamen Weltanschauung werden sollte oder andererseits aus dem Evangelium der Freiheit eine totalitäre Doktrin.

Mir scheint es nützlich, auf diese geschichtliche Erfahrung hinzuweisen, weil wir im Grund wieder vor einer ähnlichen Situation stehen: Der Christ weiß im Glauben, daß er als Kind Gottes unter der Königsherrschaft Christi sein darf, und er erfährt zugleich täglich, daß er in einer Welt lebt, die dieses Zeugnis nicht anerkennt, sondern sich dagegen empört; und er lebt nicht nur in dieser Welt, sondern er ist in diese Welt verstrickt; und die Kirche lebt in gleicher Verstrickung. Was soll er tun, wie den Dialog zwischen den beiden Polen, die er in sich selbst trägt, führen?

Zunächst einmal ist hervorzuheben, daß der Christ sowohl als Politiker wie auch in seiner Existenz als Glaubender in diesem Dialog steht. Wenn man will: Das verbindet Kirche und Politik. Übrigens verbindet es die Kirche nicht nur mit dem Politiker, der Christ sein möchte, sondern auch mit dem Nichtchristen.

Denn letzterer steht in der gleichen Spannung zwischen der Sehnsucht nach dem Vollkommenen

und der ständig neuen Erfahrung des Unvermögens. Er weiß es nur nicht, und gerade das macht seine Not aus, in der er den Trost der Botschaft hören sollte.

Ich kann mir gut denken, meine Damen und Herren, daß Sie erwarten, daß ich endlich konkret werde, wie man das heute so nennt. Und das will ich auch versuchen, ohne daß ich dabei vorschnell einzelne ärgerliche Erscheinungen verallgemeinere und mich über im Talar demonstrierende Pastoren, über die Aktionsgemeinschaften evangelischer Studentengemeinden mit verfassungsfeindlichen Gruppen, über politisch einseitige Äußerungen einzelner Gruppen erregte.

Ich will ausgehen von einer ganz allgemeinen Beobachtung, auf die Kurt Biedenkopf hingewiesen hat. Seit Ende der sechziger Jahre beobachten die Meinungsforscher den rapiden Verfall bis dahin allgemein gültiger Wertevorstellungen. Ende der sechziger Jahre hielt die überwältigende Mehrheit der Arbeitnehmer kleine Diebstähle im Betrieb für unzulässig. Mitte der siebziger Jahre sagen mehr als 50%, das sei normal oder doch nicht so schlimm. Es gibt also eine Einstellungsänderung zur Frage des Schutzes des Eigentums.

In den sechziger Jahren haben 80% der Frauen auf die Frage, ob es in Ordnung sei, unverheiratet zusammenzuleben, mit nein geantwortet; im Jahre 1974 antworteten 65% der Frauen mit ja. Das heißt, daß innerhalb von sieben Jahren sich die Auffassung vom Rechtsinstitut Ehe radikal gewandelt hat.

Mitte der sechziger Jahre hat eine große Mehrheit auf die Frage: „Wenn Sie zwei Kinder haben und eines dieser Kinder können Sie in Urlaub schicken und das andere nicht, würden Sie dann die Entscheidung dieser Frage eher von der schulischen Leistung oder vom Los abhängig machen?“, gesagt: „Eher von der schulischen Leistung“. Schon Anfang der siebziger Jahre sagt die Mehrheit: „Vom Los“. Die Leistung wurde nicht mehr als ein Kriterium für die Entscheidung der Zuteilung einer besonderen Chance empfunden.

Diese drei Beispiele zeigen, daß innerhalb weniger Jahre entscheidende Wertevorstellungen, die über viele Jahrhunderte hindurch gültig gewesen waren, radikal abgebaut wurden.

Nun waren diese Wertevorstellungen keineswegs schlechthin christlich. Aber sie hatten ihre Bedeutung für die gesamte Sozialordnung nicht ohne den Einfluß christlicher Überzeugung gewonnen. Denn, so zerbrechlich und vorläufig auch alle gesetzlichen Ordnungen, die auf diesen Wertevorstellungen basierten, sein mögen, sie dienten doch dazu, das sittliche Verhalten entsprechend dem biblischen Menschenbild abzustützen.

Nun ist es ja gar nicht so, als ob der Abbau solcher Wertevorstellungen immer nur leichtfertig geschähe. Man kann das in jedem Falle ja auch begründen: Der Eigentumsbegriff kann zur ausbeuterischen Ordnung überzogen werden, die Orientierung an der Leistung kann gegenüber dem Leistungsschwächeren ungerecht werden und die Rechtsinstitution Ehe kann im Einzelfall zu einem sehr qualvollen Leben führen. Das heißt aber nichts anderes, als daß zur Norm

der Wertordnung der Anspruch, in vielen Fällen das bloße Wohlbefinden des einzelnen geworden ist. Die Folgen sind schon spürbar, ihr Ende aber nicht abzusehen.

Meine Frage an die Kirche lautet: Waren diese Wertevorstellungen nicht biblisch begründbar? Wenn nein, wie müssen sie vom Evangelium her heute modifiziert werden und was tut die Kirche, um diese evtl. modifizierten Wertevorstellungen heute zu verbreiten und abzustützen? Denn – und das muß aus politischer Erfahrung und in politischer Verantwortung festgestellt werden – der Hinweis auf die Nächstenliebe, das heißt also das Gebot, dem Nächsten jede Last zu erleichtern, ist hier deshalb nicht brauchbar, weil es keine Ordnung gibt, die vom Anspruch des einzelnen ausginge. Politisches Handeln muß vielmehr die Ordnung des Ganzen im Auge haben, um für möglichst viele das relativ Gute zu verwirklichen, und Politik muß dann den Freiraum lassen und dabei helfen, daß die Nöte des einzelnen individuell gelindert werden.

Meine Damen und Herren, um es ganz einfach auszudrücken: Ich habe manchmal den Eindruck, daß die Regeln diakonischen Verhaltens einfach in Gesetze umgegossen werden. Die Sache funktioniert nicht. Und hier ist meine Frage an die Kirche, wieweit sie den Wert von dem eigentlichen Ziel niemals voll entsprechender Ordnung erkennt. Die Ordnung kommt dem, was eigentlich sein soll, nie nahe, aber sie läßt die Chance der jeweiligen Bewährung in jedem konkreten Einzelfalle zu und schärft die Verantwortung für diesen Einzelfall.

Die Frage wird für mich umso durchgreifender, als mit dieser Individualisierung der Wertevorstellung auf der anderen Seite ein bemerkenswerter Hang zur Egalisierung verbunden ist, die den Entscheidungsfreiraum des einzelnen bemerkenswert einengt. Vor dieser Entwicklung stehen wir mindestens in Teilbereichen des Bildungswesens, und ich frage die Kirche, ob sie nicht dem Ringen vieler Eltern um ihr Erziehungsrecht merkwürdig distanziert gegenübersteht und damit – gewiß unbewußt – bestimmten gesellschaftspolitischen Zielsetzungen Vorschub leistet.

Man könnte die Reihe der Beispiele verlängern. Mir kommt es in unserem Zusammenhang auf die Frage an, ob nicht die Kirche jedenfalls in der Bundesrepublik Deutschland in der Gefahr steht, sich bestimmten und in ihrem Ursprung sicher nicht biblisch begründeten Vorstellungen anzuschließen und, was mehr ist, diese Veränderung gleichsam nachträglich vom Evangelium her zu rechtfertigen.

Ich möchte jetzt einen der Kernsätze, die Sie, Herr Kirchenpräsident, gesagt haben, einen der wichtigsten Punkte in diesem Zusammenhang, aufgreifen. Mir selbst ist dieses Positionspapier, nach dem für CDU-Politiker in sehr vielen Fällen Kirche und Glaube in den rein privaten Bereich gehörten, nicht bekannt. Ich stimme dem zu, als Sie darstellten, daß in der Tat, wenn das richtig wäre, die Partei sich nicht mehr Christlich Demokratische Union nennen dürfe. Ich halte diese Aussage für ein Mißverständnis. Für ein Mißverständnis nicht bei Ihnen, sondern in der Aussage dieses Papiers. Ich meine, daß für den Politiker

in der CDU zwar Kirche und Glaube keineswegs nur private Fragen sind, daß sie aber für ihn nicht mit dem Anspruch verbunden sind, die Fakten des politischen Umfeldes bei der Entscheidung außer acht zu lassen. Das ist aber überall dort der Fall, wo zwischen Teilaussagen christlicher Botschaft und einer politischen Ideologie, die aus ganz anderen Wurzeln stammt, eine annähernde Austauschbarkeit eingetreten ist. Bei dieser Betrachtung ändert sich das Verhältnis zwischen privatem Bereich und der Unterordnung meiner politischen Handlungsweise unter den Anspruch des Evangeliums. Man müßte also einmal untersuchen, wie weit wir innerhalb unserer Gesellschaft schon zwei so unterschiedliche Auffassungen vom privaten Bereich einerseits und von der umfassenden Gültigkeit biblischen Anspruchs an den Menschen andererseits haben, daß es zu einem solchen Mißverständnis kommen kann. Und das ist nun eine Frage, die ich im Dialog zwischen Kirche und Politik an die Kirche zu stellen habe: Was tut die Kirche, um zu verhindern, daß ihre Botschaft als mit weltanschaulich doktrinarer Ideologie austauschbar erscheinen kann? Daß sie es nicht ist von ihrem Wesen her, darüber brauchen wir nicht zu streiten, aber daß sie als solche erscheinen kann, das ist für mich u. a. ein Ergebnis der Einengung des kirchlichen Sprachgebrauchs auf soziologische Terminologie.

Ich will ein weiteres Stichwort aufgreifen. Gerade in einem demokratischen Staat, in dem wir kirchlicherseits von der Volkskirche ausgehen, gewinnt man den Eindruck, daß kirchliche Gruppen sich um so intensiver um politische Fragen kümmern, je weniger verbindlich die Ordnungen des demokratischen Staates für sie sind. Ich nenne die Vorgänge um die Startbahn West des Frankfurter Flughafens. Ich mache hier der Kirche keinen Vorwurf, auch nicht der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau, weil ich weiß, wie unglaublich schwer die Aufgabe jedes einzelnen ist, der hier Leitungsfunktionen wahrnehmen muß. Mich treibt einfach die Frage um, wie kommt es, daß hier zugegeben auch persönlich betroffene Christen mit einem kaum überbietbaren Rigorismus eine ganz bestimmte Teilfrage so ausschließlich nicht nur zur Frage der Ordnung des Staates, sondern auch zur Frage des Glaubensgehorsams schlechthin machen? Oder, um ein anderes Beispiel zu nennen: Wie kommt es, daß Christen unter ausdrücklicher Berufung auf ihre Überzeugung sehr schnell z. B. im Falle des Überfalls radikaler Iraner auf ein andere Gruppe iranischer Studenten an den Politiker Forderungen stellen, ohne die tatsächlichen, rechtlichen, sozialen und soziologischen Verhältnisse im geringsten zu beachten oder auch nur zu kennen? Im Dialog der politischen Gruppen würde ein solches Verhalten der Lächerlichkeit preisgegeben; äußert sich aber eine kirchliche Gruppe in solcher Weise, bringt sie nicht die Autorität der Kirche, sondern das Gewicht ihrer bekenntnisgebundenen Überzeugung zur Geltung. Indem man für die Stellungnahme in einer bestimmten Frage in jedem Einzelfall letzte moralische Autorität für sich beansprucht, betreibt man in letzter Konsequenz den Abbau praktisch wirksamer Moral. Ich frage noch einmal: Wie kommt das?

Und ich möchte, meine Damen und Herren, an dieser Stelle es einmal so sagen: Ich habe den Eindruck,

daß große Teile unserer Kirche der Tatsache dieser Welt heute so hilflos gegenüberstehen wie in vielen Jahrhunderten zuvor nicht. Das frage ich nicht in erster Linie als ein Politiker, der an einem politischen Erfolg interessiert ist, sondern die Frage stelle ich als Glied meiner Kirche, das etwas weiß von der Verstrickung des Christen in die Vorläufigkeit dieser Welt. Was passiert, wenn mir die Kirche begegnet als eine, die – so muß ich den Eindruck haben – die Faktizität dieser Welt in ihrer eigentümlichen Gewichtung nicht mehr sieht, weil sie so – ich will es ganz positiv ausdrücken – fasziniert ist vom Hereinbruch der Königsherrschaft Christi, daß sie die Verhüllung meint weggerissen zu haben. Da liegt für mich die theologische Problematik, die mir primär als Glied der Kirche not macht und die dann, wie ich feststellen muß, in vielen Bereichen verhängnisvolle – auch politische – Konsequenzen hat. Es ist sicher richtig, wenn Sie sagen, Herr Kirchenpräsident, daß die Kenntnis der Kirche und ihrer Theologie unter Politikern oft so schwach ausgebildet sei, daß im politischen Bereich die Grundmentalität von Kirche so wenig erfaßt werde. Das ist richtig. Aber, setzt nicht Kenntnis voraus, daß beide eine einigermaßen gegenseitig verständliche Sprache reden. Ich komme mir im kirchlichen Bereich manchmal so vor wie eine Mutter, die bei ihrem zehnjährigen Sohn die Mengenlehre kennenlernt. Da war man durch Jahrhunderte gewohnt, den Bereich der Mathematik und der Geometrie im Weltbild des Euklid zu definieren, und jetzt auf einmal ist es völlig anders. Ist nicht ein Teil des Nicht-Verstehen-Könnens auch darauf zurückzuführen? Und das hat nicht nur einen sprachlichen Grund, sondern hinter dem steckt ja wohl ein theologischer. Da der Politiker in erster Linie die Dimensionen von Raum und Zeit, die historische Dimension und die Gegenwart in seinem Verständnis zu erfassen versucht, fällt es ihm erheblich schwer, eine Theologie und eine Kirche zu begreifen, für die Gott zur Chiffre radikal vergegenwärtigter Mitmenschlichkeit geworden ist. Ich will das Ihnen nicht unterstellen; Sie haben keine dieser Vokabeln gebraucht, Herr Kirchenpräsident, und wir wissen voneinander, daß Schwierigkeiten zwischen uns hier nicht bestehen. Aber in ungezählten Gemeinden, unter ungezählten Kanzeln ist der Christ in dieser Situation, und er fragt einfach: Wie kommt das? Was ist anders geworden? Es kann ja sein, daß diese Änderung vom Evangelium her begründbar ist. Aber dann, bitte, tut's doch.

Und ich sage noch einmal, meine Damen und Herren, wir dürfen zwei Dinge nicht vertauschen. Man kann gewiß z. B. gegen unsere Eigentumsordnung manches einwenden, man soll sie auch zu verbessern versuchen, aber es führt einfach nichts an der Feststellung vorbei, daß Hausbesetzer Recht verletzen. Man kann unser Rechtswesen kritisieren, man kann es zu bessern versuchen, aber wer in unserem Staat sein vermeintliches Recht mit Gewalt durchzusetzen versucht, tut schlechtweg Unrecht. Und das muß gesagt werden ohne Wenn und Aber. Die Aufgabe, einen solchen Menschen zu verstehen und ihm zu helfen, steht auf einem anderen Blatt.

Beide Blätter müssen sowohl von der Kirche wie von dem Christen in politischer Verantwortung gelesen, beachtet und verwirklicht werden.

Aber ich kann nicht das eine Blatt zugunsten des anderen als ungültig betrachten. Und das macht heute die Sache so schwierig. Ich kann keine Rechtsordnung aufrechterhalten, wenn ich angesichts einer Rechtsverletzung anfangs mit einer Begründung, die die Tat als gerechtfertigt erscheinen läßt.

Wie ich diese beiden Blätter lese, verwirkliche, das wird je nach der Aufgabe, in der wir stehen, mit unterschiedlicher Akzentuierung geschehen. Aber dieser Dialog muß geführt werden um der Welt willen, in der die Kirche ihre Botschaft ausrichtet und um der Kirche willen, die in dieser Welt lebt.

## Buchbesprechung

**Christliche Ethik und Sicherheitspolitik. Beiträge zur Friedensdiskussion, herausgegeben von Erwin Wilkens. Evangelisches Verlagswerk GmbH, Frankfurt am Main 1982, 251 Seiten, 28,- DM.**

Unter den inzwischen kaum noch zu zählenden Veröffentlichungen zum Friedensthema verdienen die beim Evangelischen Verlagswerk in Frankfurt unter dem Titel „Christliche Ethik und Sicherheitspolitik“ erschienenen „Beiträge zur Friedensdiskussion“ breite Aufmerksamkeit. Ihr Herausgeber ist D. Erwin Wilkens, der ehemalige Vizepräsident der Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland, Mitglied der Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD, einer der besten Kenner der Friedensdiskussion innerhalb der evangelischen Kirche.

Zielsetzung der Beiträge einer illustren Autorengemeinschaft ist die Aktualisierung der sogenannten „Heidelberger Thesen zur Frage von Krieg und Frieden im Atomzeitalter“ aus dem Jahre 1959, des theologisch fundiertesten und kompetentesten Beitrages der innerkirchlichen Friedensdiskussion der fünfziger Jahre, in der derzeitigen Auseinandersetzung um den richtigen Weg zum Frieden. Mit den „Heidelberger Thesen“ wurde die als „Ohnmachtsformel“ empfundene Entscheidung der Berliner EKD-Synode vom April 1958 („Wir bleiben unter dem Evangelium zusammen und mühen uns um die Überwindung dieser Gegensätze. Wir bitten Gott, er wolle uns durch sein Wort zu gemeinsamer Erkenntnis und Entscheidung führen.“) zu einem nach vorne zeigenden Wegweiser entwickelt. Der fruchtbare Kern der Heidelberger Thesen von 1959 ist die „These vom komplementären Handeln“, die berühmte These Nr. 6, welche lautet: „Wir müssen versuchen, die verschiedenen im Dilemma der Atomwaffen getroffenen Gewissensentscheidungen als komplementäres Handeln zu verstehen.“ Von

daher werden die Thesen Nr. 7 („Die Kirche muß den Waffenverzicht als eine christliche Handlungsweise anerkennen.“) und Nr. 8 („Die Kirche muß die Beteiligung an dem Versuch, durch das Dasein von Atomwaffen einen Frieden in Freiheit zu sichern, als eine heute noch mögliche christliche Handlungsweise anerkennen.“) erklärbar und verständlich. In seinem Beitrag „Glaube und Politik in der gegenwärtigen Friedensdiskussion“ schreibt Erwin Wilkens zu der „These vom komplementären Handeln“:

„Wenn es tatsächlich zu einer sinnvollen politischen Wirkung der für sich genommen so absurden Rüstungslage kommen soll, dann ist die These vom komplementären Handeln für die Beurteilung der komplizierten Weltlage und für ein Konzept der Sicherheitspolitik und der Friedenssicherung fruchtbar zu machen. Dazu müssen das militärische Verteidigungskonzept und die Bewegung des Waffenverzichts in einer spannungsvollen Komplementarität beieinander bleiben, wenn es nicht auf beiden Seiten zu einer gefährlichen Eindimensionalität im Selbstverständnis und damit auch im praktischen Handeln kommen soll. Ein komplementär verstandenes politisches Gesamtkonzept bewahrt die Befürworter einer militärischen Verteidigungsfähigkeit vor jeder Verharmlosung eines Waffengebrauchs und nötigt auf der anderen Seite die Waffengegner zur Mitarbeit an einer schrittweisen Überwindung der sehr vielgestaltigen Weltgefahr.“

Wenn die im Oktober 1981 herausgegebene Denkschrift der EKD unter dem Titel „Frieden wahren, fördern und erneuern“ die „Heidelberger Thesen“ von 1959 aufnimmt und sich für ihre fortbestehende Geltung ausspricht, dann ist das nicht zuletzt das Verdienst von Erwin Wilkens. Der Verfasser dieser Zeilen, selbst Mitglied der Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD, hat Erwin Wilkens' leidenschaftliches Engagement in dieser Sache erfahren dürfen. Der Beitrag Erwin Wilkens' in dem von ihm herausgegebenen Sammelband zeichnet sich durch strenge geistige Zucht aus und hebt sich deshalb wohltuend von den oft diffusen theologischen oder als solche sich ausgebenden Beiträgen in der gegenwärtigen innerkirchlichen Friedensdiskussion ab. Seine Ausführungen zum theologischen

Grundlagen- und Methodenstreit in der politischen Ethik und über Auftrag und Grenzen kirchlich-theologischer Mitwirkung in der Friedensfrage sowie seine Auseinandersetzung mit alternativen Friedens- und Abrüstungsvorschlägen sind souverän, brillant und eindrucksvoll.

Zu Beiträgen über die Frage, „in welche Situation hinein die Heidelberger Thesen unter den geschichtlichen, politischen, militärischen und wirtschaftlichen Bedingungen der achtziger Jahre sprechen“, hat Erwin Wilkens insgesamt zwölf Autoren gewinnen können, darunter so namhafte wie Generalleutnant a. D. Lothar Domröse, zuletzt stellvertretender Chef des Stabes in SHAPE in Belgien, Professor Dr. Roman Herzog, einer der führenden Staatsrechtler und Innenminister des Landes Baden-Württemberg, D. Hans v. Keler, Landesbischof der Evangelischen Landeskirche in Württemberg, oder Dr. Walter Schmitz, Professor für Neues Testament an der Kirchlichen Hochschule Berlin. Die weiteren Autoren sind Dr. Armin Boyens, Militärdirektor im Evangelischen Kirchenamt für die Bundeswehr in Bonn, Reinhard Henkys, Leiter des Evangelischen Publizistischen Zentrums Berlin (West), Oberkirchenrat Hermann Kalinna, Stellvertreter des Bevollmächtigten des Rates der EKD am Sitz der Bundesrepublik Deutschland in Bonn, Ministerialrat Dr. Friedhelm Krüger-Sprengel, Leiter des Arbeitsbereichs Rüstungskontrolle und Abrüstung im Planungsstab des Bundesministers der Verteidigung, D. Dr. Ernst Josef Nagel, Professor für Katholische Theologie (Sozialethik) an der Hochschule der Bundeswehr in Hamburg, Oberstleutnant i. G. Herwig Pickert, Gutachter für Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Wissenschaftlichen Dienst des Bundestages, und Professor Dr. Eberhard Schulz, stellvertretender Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Das Geleitwort hat der Evangelische Militärbischof für die deutsche Bundeswehr, Dr. Sigo Lehming, verfaßt, auf dessen Initiative der Sammelband zurückgeht.

Dem Buch möchte man eine weite Verbreitung wünschen, weil es dazu beitragen kann, die innerkirchliche Friedensdiskussion und damit die Friedensdiskussion überhaupt zu versachlichen.

Friedrich Vogel

# Aus unserer Arbeit

## EAK Kiel unterstützt Polenhilfe

**Kiel:** Der Alltag unter dem Kriegsrrecht in Polen zeigt, daß Hilfsgüter aus dem Westen weiterhin notwendig sind. Dies betonte Pastor Peter Langenstein, Evangelische Kirchengemeinde Holtenau, in einem Abendvortrag, zu dem der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CDU Kiel eingeladen hatte. Lichtbilder verdeutlichten die Eindrücke über eine Hilfsfahrt in den Raum Lodz zu evangelischen Christen, die in verstreuten Gemeinden in Polen leben. Die Kirchengemeinde Holtenau wird im gleichen Sinne eine Hilfsfahrt zusammen mit einer katholischen Gemeinde in Kiel starten. Dr. Zimmermann-Stock, Vorsitzender des EAK Kiel, hob in der Veranstaltung hervor, es sollte auch in Polen gezeigt werden, wie auf dem Wege dieser gemeinsamen geplanten Hilfsaktion in der Bundesrepublik Deutschland Ökumene „gelebt“ wird.

## Neuer Anlauf für den Arbeitskreis in Essen

**Essen:** Der Evangelische Arbeitskreis der CDU, der seit Jahren ein Schattendasein in Essen führte, will seine Arbeit neu aufbauen. Der Vorstand der CDU beauftragte deshalb den Kaufmann Dieter Hosse mit der neuen Aufgabe, die zuvor jahrzehntelang vom damaligen Gründer, Oberstudiendirektor Spiecker, wahrgenommen wurde.

In der Essener Öffentlichkeit hat die CDU zu oft den Charakter einer vorwiegend katholisch geprägten Partei. Diesem Eindruck widersprechen aber die tatsächlichen Mitgliederverhältnisse. Ohne einem überholten konfessionellen Abgrenzungsdanken zu verfallen und in der Wahrnehmung einer authentischen

ökumenischen Partnerschaft, will man an die alte Tradition anknüpfen.

In einer ersten öffentlichen Veranstaltung erläuterte der Leiter des Evangelischen Arbeitskreises, Dieter Hosse, die Zielsetzung: „Keine weitere Politisierung der evangelischen Kirche. Das geschieht durch linkslastige Ideologien bereits mehr als genug. Stattdessen wollen wir ein sachliches Gespräch zwischen Bürgergemeinde und Christengemeinde suchen, damit die dringenden Sachfragen unserer Zeit in der Verantwortung evangelischer Freiheit angegangen werden können.“ Das Ziel der Arbeit in der evangelischen Kirche werde sein, die Stimme der politischen Vernunft zu artikulieren. Das Verhältnis zur katholischen Kirche sieht Hosse so: „Der Evangelische Arbeitskreis ist kein versteckter Konfessionalismus in der CDU“. Gemeinsam mit den katholischen Freunden wolle man das Gespräch und die Verantwortung suchen, ohne sich dabei der Tradition zu schämen.

Hosse war jahrelang Presbyter der Gemeinde Altstadt-Ost und Vorstandsmitglied im Stadtkirchenverband und ist heute im Vorstand der Adolphi-Stiftung tätig.

## EAK Hannover-Stadt zum Thema: Angst und Friedenssehnsucht als persönliches und politisches Problem

**Hannover:** Nach den oft oberflächlichen Friedensdiskussionen in der Öffentlichkeit war es wohlthuend, daß bei einer Podiumsdiskussion, die der Evangelische Arbeitskreis der CDU Hannover-Stadt zum Thema „Angst und Friedenssehnsucht als persönliches und politisches Problem“ veranstaltete, die tieferliegenden Fragen ernsthaft behandelt wurden.

Vor den sehr zahlreich erschienenen Teilnehmern der Veranstaltung analy-

sierte Superintendent Dr. Gottfried Sprondel die Angst in ihren verschiedenen Aspekten. Er warnte dabei gleichzeitig vor der eingeredeteten Angst und vor der Angst als politischer Waffe und wies auf die Möglichkeit einer Angstüberwindung hin: Christus, als einem Betroffenen (Gethsemane), der helfen kann. – Friede sei keine Frage der Sehnsüchte sondern eine Überlebensnotwendigkeit. Dr. Sprondel warnte davor, daß der Begriff Friede zur Spalterformel degradiert würde und damit ins Gegenteil, in Haß und Spaltung verkehrt wird.

Stadtjugendpastor Walter Lampe sah in der Angst ein Hoffnungszeichen insofern, als sie ein Motor zu ihrer Überwindung sei. Der neue Typ, der „Empfindungsmensch“ mit seiner politisch verstandenen Innerlichkeit, will nicht ein angstvolles Setzen auf Stärke sondern eine Friedenssehnsucht, die sich auch als Utopie äußern könne.

Teresa Löwe, Schülerin in Hannover, zeigte die vielerlei Ängste junger Menschen auf und wünschte sich die Utopie als eine Möglichkeit, sich aus der „zugesbauten“ Welt hinauszuträumen; damit zwar gedanklich über's Ziel hinauszuschließen, sich aber dennoch eine Basis für reales Tun zu schaffen.

Carsten Matthis, Student der Theologie, sprach von den zwei Arten des Friedens, dem biblischen von Gott gegebenen („Christus ist unser Friede“) und dem realpolitischen, den es zu gestalten gelte. Die Bergpredigt dürfe nicht zu politischer Agitation mißbraucht werden, sondern diene zur Überprüfung der persönlichen Haltung.

Alle Teilnehmer wurden durch die vielerlei Gedanken der Podiumsteilnehmer und die lebendige Diskussion angeregt, weiter intensiv über den Abend nachzudenken und damit auch den Boden für Angstüberwindung und Friedensfähigkeit zu bereiten.

## Kurz notiert

### Rat der EKD zum Asylrecht

**Hildesheim:** Unter Vorsitz von Landesbischof D. Eduard Lohse (Hannover) hat sich der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland in seiner Sitzung

u. a. mit dem Asylrecht beschäftigt. Dabei würdigte er auch die Belastung, die das Asylverfahren und die Betreuung der Asylbewerber für die Behörden des Bundes, der Länder und der Gemeinden bedeutet. Er hat sich weiter über den Stand der Beratung im Bundestag zum Gesetzentwurf über das Asylverfahren sowie über die Stellungnahmen des Diakonischen Werkes der EKD berichten lassen. Der Rat begrüßt die Bestre-

bungen, das Anerkennungsverfahren zu beschleunigen. Sie dürfen jedoch nicht dazu führen, daß die individuelle Prüfung des Einzelfalls oder der Rechtsschutz eingeschränkt werden. Während andere hier lebende Ausländer darauf verwiesen werden können, daß die Familienzusammenführung in ihrem Heimatland möglich ist, können Asylanten mit ihren Familien nur im Aufnahme-land zusammenleben. Dieser besonde-



## Evangelische Verantwortung

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU • Herausgeber: Innenminister Prof. Dr. Roman Herzog, MdL; Dr. Werner Dollinger, MdB; Kai-Uwe von Hassel, MdEP; Dr. Sieghard-Carsten Kampf, MdHB; Landtagspräsident Albrecht Martin, MdL • Redaktion: Wilhelm Staudacher, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 43 06 • Verlag: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 4000 Düsseldorf 1 • Abonnementspreis vierteljährlich 4,- DM. Einzelpreis 1,50 DM • Konto: EAK - Postscheck Köln 1121 00-500 oder Sparkasse Bonn 56 267 • Druck: Oskar Leiner, Erkrather Straße 206, 4000 Düsseldorf • Abdruck kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten.

ren Situation anerkannter Flüchtlinge wird nach Meinung des Rates nicht ausreichend Rechnung getragen, wenn die Familienzusammenführung nur nach den Regelungen des allgemeinen Ausländerrechts erfolgen soll. Ehegatten und minderjährigen Kindern anerkannter Flüchtlinge sollte der gleiche rechtliche Status wie diesen eingeräumt werden. Weiter gibt der Rat zu bedenken, ob nicht Flüchtlingen z. B. aus Bürgerkriegs- oder anderen Kriegsgebieten, die nicht im engeren Sinn als asylberechtigt angesehen werden können, ein vorläufiger Schutz außerhalb des Asylverfahrens nach Maßgabe des Ausländerrechts eingeräumt werden kann.

### Neuer Friedenskreis will die „leise Mehrheit“ wachrütteln Christen betonen Rolle der Bundeswehr in der Friedenssicherung

**Kiel:** Die aktuelle Friedensdiskussion darf in der Öffentlichkeit nicht allein von einer „lautstarken Minderheit“ pazifistischer Gruppen ausgetragen werden - am Dialog muß sich auch die bisher zurückhaltende „leise Mehrheit“ in weiten Teilen der Bevölkerung beteiligen.

Dies ist das Ziel eines kürzlich in Kiel gegründeten Arbeitskreises Nord „Sicherung des Friedens“, in dem sich Theologen, christlich-orientierte Soldaten und Mitarbeiter verschiedener nordelbischer Kirchenkreise zusammengeschlossen haben.

Der neue Arbeitskreis, der sich nach den Thesen eines christlichen Arbeitskreises gleichen Namens auf Bundesebene richtet, will laut Erklärung seines Vorstandes in der gegensätzlichen Friedensdiskussion „einen Brückenschlag zum Dialog“ zwischen verhärteten Positionen schaffen. Der Kreis geht davon aus, daß jede Form von Absolutheitsanspruch den Frieden eher gefährdet. Dies sollen eine breite Aufklärungsarbeit in den Kirchengemeinden sowie Gespräche mit anderen Gruppen und Verbänden deutlich machen. Ein wichtiger Teil dabei ist die Jugend - deshalb will der Arbeitskreis verstärkt Schüler mit seinen Friedensthesen ansprechen. An der voraussichtlich im

November stattfindenden kirchlichen Friedenswoche will sich der Arbeitskreis aktiv beteiligen. Neben Informationen zur Friedensbewegung in Ost und West wird das Leitwort „Friedensdienst mit und ohne Waffen“ im Vordergrund stehen. Dabei soll auch auf die Rolle der Bundeswehr in der Friedenssicherung hingewiesen werden.

In den sechsköpfigen Vorstand des Arbeitskreises wurden gewählt: Landessozialpastor Paul-G. Hoerschelmann

#### Unsere Autoren

Kirchenpräsident D. Helmut Hild  
Freiligrathstraße 12  
6100 Darmstadt

Kirchenrat Wilhelm Kentmann  
Beauftragter der  
Evangelischen Landeskirchen  
im Lande Rheinland-Pfalz  
Rheinstraße 101  
6500 Mainz

Landtagspräsident Albrecht Martin, MdL  
Deutschhausplatz 12  
6500 Mainz

Grete Schneider  
Goerdelerstraße 29  
4400 Münster

Friedrich Vogel, MdB  
Bundeshaus  
5300 Bonn

(Kiel), Wolfgang Langner, kirchlicher Sozialsekretär (Neumünster), Dimitri Schmidt-Narischkin, Vizepresident der Wehrbereichsverwaltung (Kiel), Pastor Reinhard Schön (Lüttau/Kreis Herzogtum Lauenburg), Gerd Stockmann, Geschäftsstellenleiter des evangelischen Militärbischofs (Pinneberg) und Jacob Vieregge, Jurastudent (Wedel).

### Wie politisch darf eine Predigt sein? EAK-Landesvorsitzender Arnulf Borsche beim Pfarrertag in Gelnhausen

**Gelnhausen:** Mehrere hundert Pfarrer der Evangelischen Kirche von Kurhessen-Waldeck haben sich am 27. Mai in Gelnhausen an ihrem Pfarrertag mit

dem Verhältnis von Pfarramt und Politik befaßt. Das macht gegenwärtig in der Öffentlichkeit böses Blut und auch der evangelischen Kirche Kopfzerbrechen. Darüber sprachen auf der Jahrestagung des Pfarrervereins unter Leitung von Dekan Dettmar Politiker der drei Bundestagsparteien und Oberkirchenrat Spengler, der Stellvertreter des Kirchenpräsidenten der Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau.

Die CDU wurde auf dem Pfarrertag durch den Landesvorsitzenden des EAK in Hessen, Arnulf Borsche, MdL, vertreten. In Übereinstimmung mit den anderen Parteivertretern wandte sich Borsche gegen den politischen Rigorismus, mit dem Inhaber kirchlicher Ämter zuweilen der evangelischen Kirche den Anschein der Unfehlbarkeit im Politischen gäben. Auf dem Pfarrertag stellte sich heraus, daß Politiker aller Parteien übereinstimmend von der Kirche erwarten, daß sie nicht einseitig für die Ökologie Partei nimmt, sondern zur Aussöhnung zwischen den Erfordernissen der Ökologie wie der Ökonomie beiträgt.

### Ernst von Essen, MdL, Alterspräsident des 10. Niedersächsischen Landtages

**Hannover:** Am 22. Juni 1982 konstituierte sich der 10. Niedersächsische Landtag in Hannover. Ihm präsidierte als Alterspräsident der Landesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Braunschweig, Ernst von Essen. In seiner Eröffnungsrede gab von Essen einen Rückblick auf die Geschichte des Niedersächsischen Landtages seit seinem ersten Zusammentreten am 13. Mai 1947. Dabei hob er die Bedeutung geschichtlicher Zusammenhänge gerade in der noch jungen deutschen Demokratie hervor. Er forderte den Niedersächsischen Landtag auf, die 500. Wiederkehr des Geburtstages von Dr. Martin Luther in einem Festakt feierlich zu begehen. Durch ein solches Gedenken an den Reformator, aber auch an den Schöpfer der modernen deutschen Sprache, könnten jungen Menschen kulturhistorische Zusammenhänge und einigende politische Kraft verdeutlicht werden.